

Sozialberichterstattung
Gesellschaftliche Trends
Aktuelle Informationen

Eine **ZUMA** Publikation

Inhalt

Relative Armut und Konzentration der Einkommen deutlich gestiegen	1
Advancing Quality of Life in a Turbulent World	6
OECD World Forum on Key Indicators – Statistics, Knowledge and Policy	7
Measuring Ireland's Progress: Indikatorensystem des irischen Amts für Statistik	7
Demokratiezufriedenheit in Deutschland sinkt unter EU-Niveau	8
Third International Quality-of-Life Conference	11
Partnerschaftliche Verwaltung der Haushaltseinkommen ist die Regel	12
Call for Papers: Steigende Armut, Polarisierung, Re-Stratifizierung: Eine Trendwende der Ungleichheitsentwicklung in Deutschland?	16

Relative Armut und Konzentration der Einkommen deutlich gestiegen

Indikatoren und Analysen zur Entwicklung der Ungleichheit von Einkommen und Ausgaben

Fragen der Verteilung von Einkommen und Wohlstand sind wieder in den Mittelpunkt des gesellschaftspolitischen Interesses gerückt und finden derzeit nicht nur in den Medien eine hohe Aufmerksamkeit. Die allenthalben spürbaren Implikationen der Globalisierung, die niedrigen Wachstumsraten wenn nicht sogar Stagnation der Wirtschaft, und nicht zuletzt auch die eingeleiteten Maßnahmen zur Reform der wohlfahrtsstaatlichen Institutionen werfen auch die Frage nach den distributiven Konsequenzen dieser Entwicklungen auf: Gerät die bisherige Verteilung aus der Balance, gibt es Gewinner und Verlierer; steigt die Armut, nimmt die Konzentration der Verteilung zu, und inwieweit sind Tendenzen einer Polarisierung zu beobachten? In den vergangenen Monaten haben sich die Anzeichen vermehrt, dass sich die Verteilung der Einkommen – nach einer Phase relativer Stabilität – jetzt wieder in Richtung einer wachsenden Ungleichheit verändert¹. Ob sich damit aber bereits eine Trendwende ankündigt, bleibt vorläufig ungewiss und bedarf der weiteren Beobachtung und Analyse.

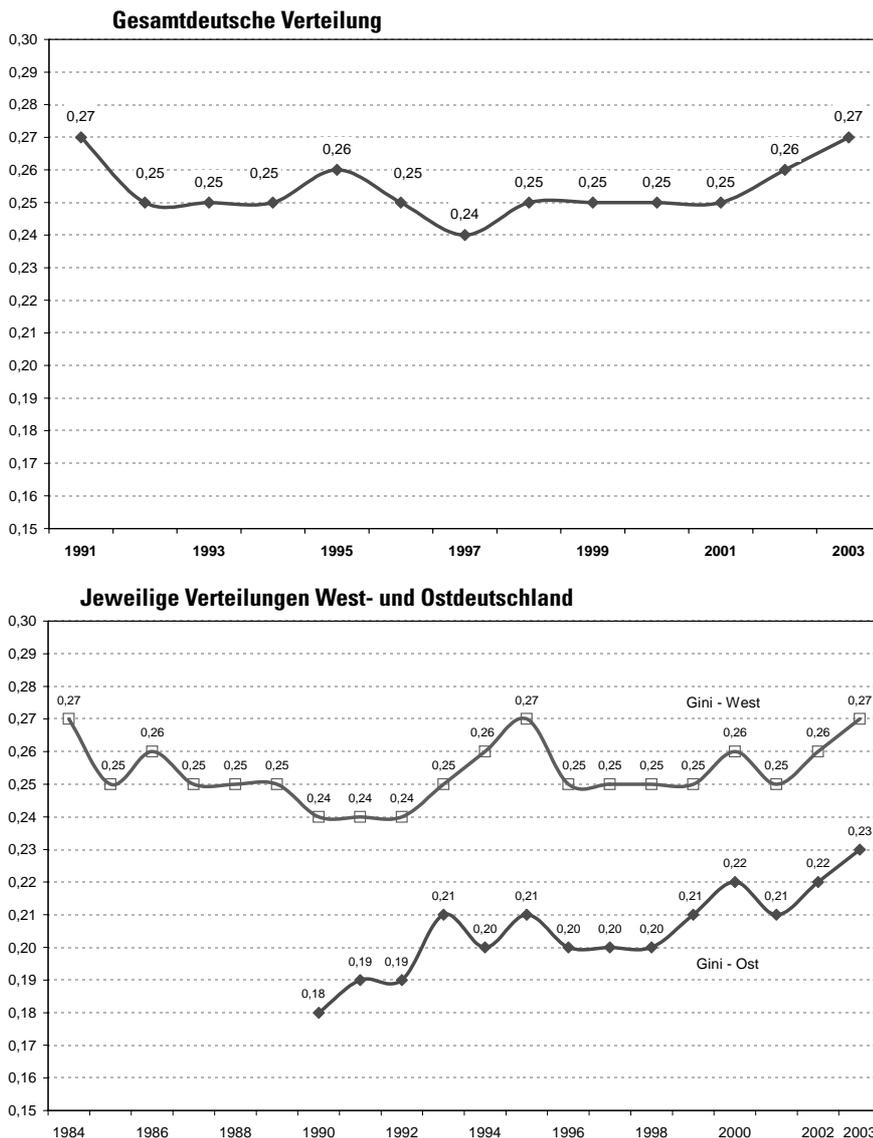
Der vorliegende Beitrag untersucht zunächst anhand verschiedener Indikatoren, ob und wie sich zentrale Aspekte der Verteilung der Einkommen in Deutschland verändert haben. Aus der hier verfolgten Perspektive der Wohlfahrtsmessung und Sozialberichterstattung konzentriert sich das Interesse dabei auf die Verteilung der monatlichen Nettoeinkommen über die die privaten Haushalte verfügen. Um die aktuellen Veränderungen angemessen bewerten und in einen größeren Zusammenhang stellen zu können, wird die Entwicklung über einen längeren Zeitraum betrachtet: In Westdeutschland seit der Mitte der 1980er Jahre, in Ostdeutschland sowie für Deutschland insgesamt seit der Vereinigung am Beginn der 1990er Jahre. Die für die entsprechenden Analysen verwendete Datengrundlage ist das Sozio-ökonomische Panel. Neben der Einkommensseite wird in einem weiteren Schritt der Analyse die Ungleichheit der Verbrauchsausgaben der privaten Haushalte und deren Entwicklung in West- und Ostdeutschland untersucht. Als Datengrundlage werden dafür die

Mikrodatensätze der Einkommens- und Verbrauchsstichproben (EVS) von 1983 bis 2003 verwendet.

Konzentration der Einkommen nimmt zu

Aus der verteilungsanalytischen Perspektive stellt sich zunächst die Frage, wie sich das gesamte in einer Periode erzielte Einkommen auf die privaten Haushalte verteilt und ob die Verteilung eine eher niedrige oder hohe Konzentration aufweist. Das gebräuchlichste summarische Maß für die Konzentration bzw. Ungleichheit der Einkommensverteilung ist der Gini-Index, der Werte zwischen 0 (vollkommene Gleichverteilung) und 1 (extreme Ungleichheit) annehmen kann. Um Haushalte unterschiedlicher Größe und Struktur vergleichen zu können, wird die Verteilung der äquivalenzgewichteten Haushaltsnettoeinkommen untersucht². Betrachtet man zunächst die gesamtdeutsche Entwicklung, so hat – wie an dem Anstieg des Gini-Index von 0,25 auf 0,27 abzulesen ist (Grafik 1) – die Ungleichheit der

Grafik 1: Entwicklung der Einkommenskonzentration (Gini-Index)¹



¹ Bedarfsgewichtetes Haushaltsnettoeinkommen (neue OECD-Skala); 1990 Ost berechnet auf der Basis von DDR-Mark.
Datenbasis: SOEP

Niveau, wie es derzeit zu beobachten ist, hatte es auch zuvor schon gegeben – z.B. in der ersten Hälfte der neunziger Jahre – waren aber jeweils auch wieder von einer Periode sich abschwächender Ungleichheit gefolgt.

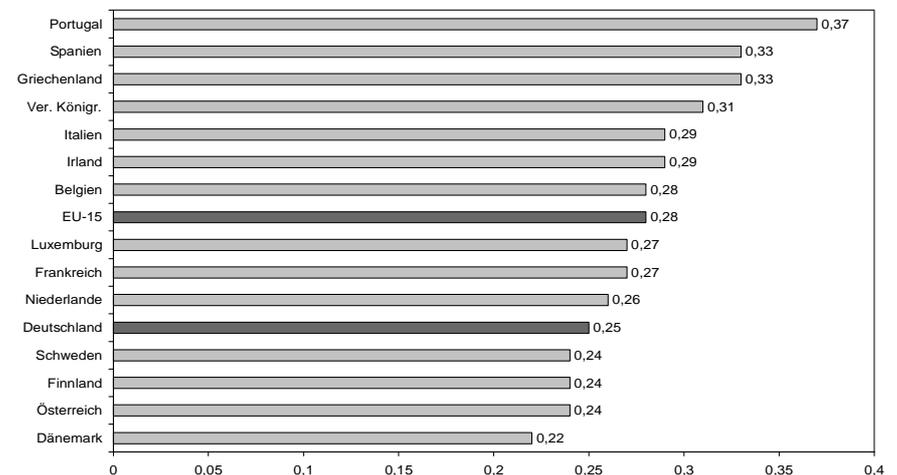
Konzentration der Einkommen in Deutschland im internationalen Vergleich unterdurchschnittlich

Zeigt der Blick auf die zurückliegende Entwicklung, dass das am Gini-Index gemessene derzeitige Niveau der Einkommensungleichheit mindestens für Westdeutschland noch keineswegs ungewöhnlich ist, verdeutlicht ein Vergleich mit anderen EU-Mitgliedsländern, dass Deutschland im internationalen Maßstab sogar eine niedrige Konzentration der Einkommen aufweist. Im Jahr 2001 – neuere Daten liegen dazu derzeit nicht vor – lag die Konzentration der Haushaltsäquivalenzeinkommen in Deutschland mit einem Gini-Indexwert von 0,25 deutlich unter dem EU-15-Durchschnitt von 0,28 (Grafik 2). Niedrigere Werte als Deutschland weisen unter den EU-15-Ländern lediglich Schweden, Finnland, Österreich und Dänemark auf. Unter den EU-15-Ländern sind die südeuropäischen Staaten sowie Großbritannien und Irland die Länder mit der ausgeprägtesten Ungleichverteilung der Haushaltseinkommen. Manches spricht dafür, dass die vergleichsweise starke Ungleichverteilung der Einkommen in diesen Ländern mit dem dort nur schwach ausgeprägten und als residual bzw. liberal bezeichneten Typ des Wohlfahrtsstaates zusammenhängt.

Während der Gini-Index ein summarisches Maß für die Konzentration bzw. Ungleichverteilung der Einkommen insgesamt darstellt, gibt die Betrachtung des unteren und oberen Dezilanteils Aufschluss über die Ränder der Verteilung und lässt damit auch Aussagen über eventuelle Polarisierungstendenzen zu.

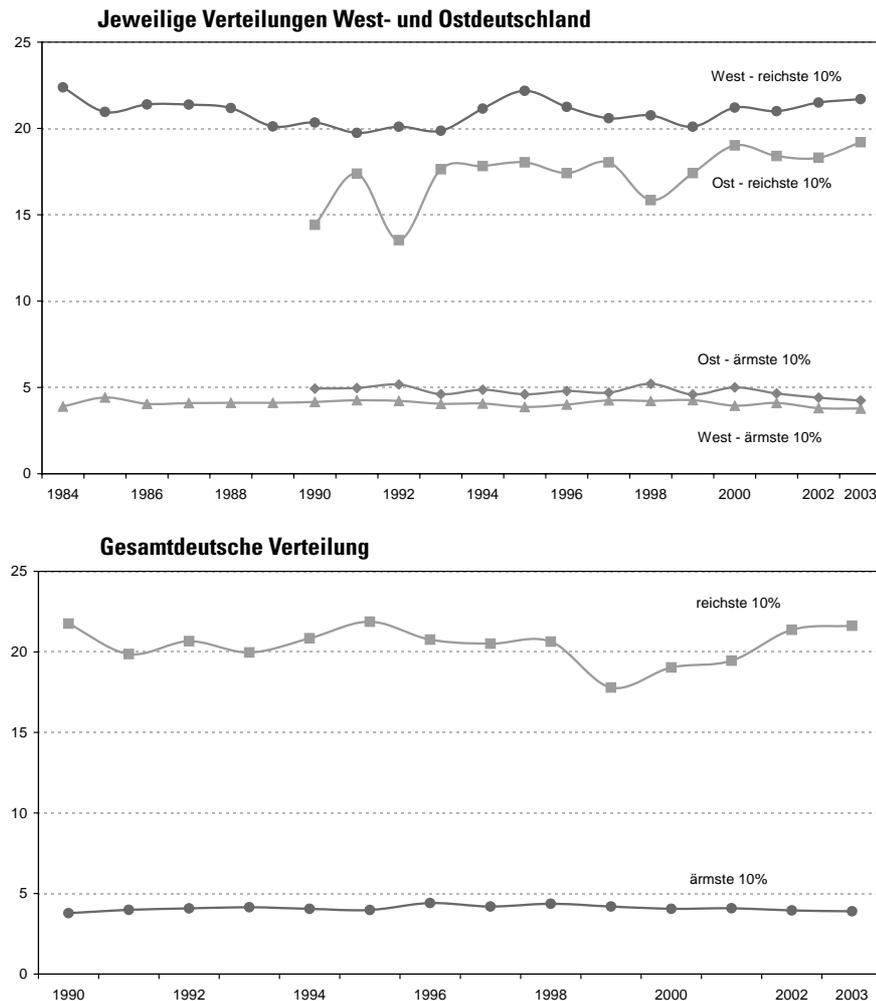
Haushaltsäquivalenzeinkommen zwischen 2001 und 2003 leicht zugenommen, nachdem die Werte zuvor weitgehend stabil geblieben waren. Allerdings hatte der Gini-Index auch bereits 1991 einen Wert von 0,27 erreicht. Aufschlussreich ist neben der Konzentrationsentwicklung der gesamtdeutschen Verteilung auch die Betrachtung der jeweiligen Verteilung der Haushaltsäquivalenzeinkommen in West- und Ostdeutschland. Dabei dokumentiert sich zunächst ein nach wie vor niedrigeres Niveau der Einkommensungleichheit in Ostdeutschland im Vergleich zu Westdeutschland. In den jungen Bundesländern hat der Gini-Index mit einem Wert von 0,23 im Jahr 2003 allerdings sein bis dahin höchstes Niveau erreicht und weist seit der Vereinigung eine – von Schwankungen abgesehen – steigende Tendenz auf. In Westdeutschland ist dagegen seit der Mitte der achtziger Jahre eine wellenförmige Entwicklung der Einkommensungleichheit festzustellen, d.h. Anstiege des Gini-Index auf ein

Grafik 2: Einkommenskonzentration (Gini-Index) im europäischen Vergleich (EU-15) 2001¹



¹ Bedarfsgewichtetes Haushaltsnettoeinkommen (neue OECD-Skala).
Quelle: European System of Social Indicators; Dennis/Guio 2004

Grafik 3: Entwicklung der Einkommensanteile der ärmsten und reichsten 10% der Bevölkerung¹



¹ Bedarfsgewichtetes Haushaltsnettoeinkommen (neue OECD-Skala); 1990 Ost berechnet auf der Basis von DDR-Mark.
Datenbasis: SOEP

Diskrepanz zwischen hohen und niedrigen Einkommen leicht zugenommen, aber bisher keine eindeutigen Polarisierungstendenzen

Betrachtet man West- und Ostdeutschland zunächst separat, d.h. legt man die jeweiligen Verteilungen zugrunde, so entfallen im Jahr 2003 auf die reichsten 10% der Bevölkerung in Westdeutschland 21% und in Ostdeutschland 19,2% der gesamten Haushaltsnettoeinkommen (Grafik 3). Die Bezieher hoher Einkommen sind demnach in Westdeutschland weiterhin nicht nur absolut, sondern auch relativ ‚reicher‘ als in Ostdeutschland. Der Anteil des obersten Dezils ist in beiden Landesteilen in den letzten Jahren leicht angestiegen, hält sich aber in Westdeutschland derzeit noch innerhalb der im längerfristigen Verlauf zu beobachtenden Schwankungsbreite. In Ostdeutschland hat der auf die reichsten 10% der Bevölkerung entfallende Einkommensanteil dagegen seit der Vereinigung tendenziell zugenommen und nähert sich zunehmend dem westdeutschen Niveau an. Am unteren Rand der Verteilung ist eine spiegelbildliche Entwicklung zu beobachten: Hier hat der Einkommensanteil, der auf die ärmsten 10% der

Bevölkerung entfällt, in den vergangenen Jahren leicht auf 3,8% in Westdeutschland und 4,2% in Ostdeutschland abgenommen. Für Westdeutschland gilt aber auch hier, dass ähnlich niedrige Werte bereits in früheren Jahren zu beobachten waren, und auch in Ostdeutschland ist der untere Dezilsanteil über den gesamten Zeitraum seit der Vereinigung in der Tendenz nur moderat gesunken.

Das Bild ändert sich nur unwesentlich, wenn statt der landesteilspezifischen die gesamtdeutsche Verteilung der Einkommen zugrunde gelegt wird. Danach ist der Einkommensanteil des höchsten Dezils zwischen 1999 und 2003 von 17,8 auf 21,6% gestiegen und der Anteil des untersten Dezils zwischen 1998 und 2003 von 4,4 auf 3,9% gesunken (Grafik 3). Insgesamt deutet sich demnach auch auf der Basis der Betrachtung der Randgruppenanteile eine leichte Zunahme der Einkommensungleichheit in Deutschland an. Allerdings liegen die für 2003 ermittelten Werte jeweils noch innerhalb der seit 1990 beobachteten Bandbreite, so dass von einer ausgeprägten Polarisierungstendenz bisher nicht gesprochen werden kann.

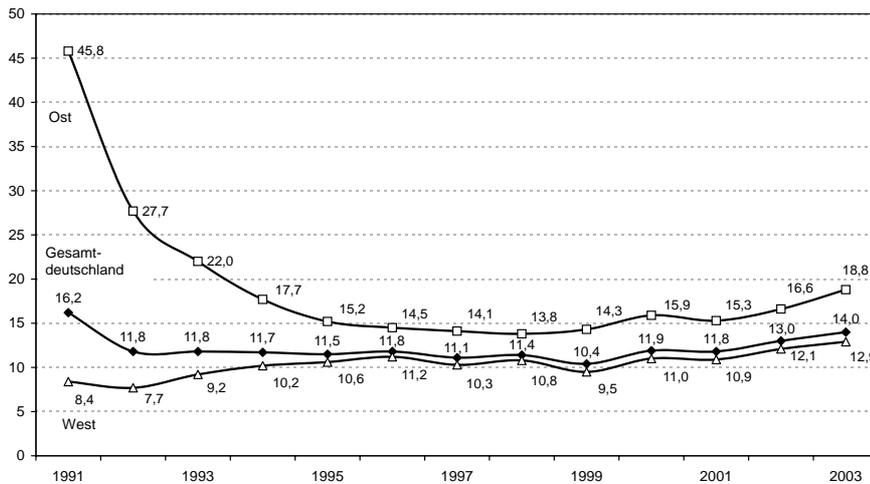
Unter den verschiedenen Dimensionen der Entwicklung der Einkommensungleichheit ist für die gesellschaftspolitische Diskussion vor allem die Entwicklung der relativen Armut von Interesse. Dabei ist die Größe, aber auch die Struktur des als arm bezeichneten Anteils der Bevölkerung – wie diesbezügliche Untersuchungen wiederholt gezeigt haben (vgl. u.a. Hauser/Bekker 2001) – in starkem Maße davon abhängig, wie die Armutsgrenze definiert und welche Äquivalenzskala den entsprechenden Berechnungen zugrunde gelegt wird. Für den innerdeutschen Vergleich der relativen Armut stellt sich zudem die Frage, ob sich die Berechnung der Armutsquoten an der gesamtdeutschen oder den jeweiligen Verteilungen der Einkommen in Ost und West orientieren soll. Für den vorliegenden Beitrag wurde eine Armutsgrenze gewählt, nach der als arm gilt, wer über ein Haushaltsäquivalenzeinkommen von weniger als 60% des Medians verfügt. Diese Abgrenzung hat sich in Anlehnung an die Armutdefinition des Europäischen Amtes für Statistik (Eurostat) sowie die von der Europäischen Kommission für die Beobachtung der „sozialen Inklusion“ in den Mitgliedsländern verwendeten ‚Laeken-Indikatoren‘ im internationalen Rahmen mittlerweile weitgehend durchgesetzt und wurde hier vor allem auch im Hinblick auf eine bessere Vergleichbarkeit mit anderen europäischen Ländern gewählt³. Die Äquivalenzgewichtung der Haushaltsnettoeinkommen wurde – ebenfalls aus Vergleichbarkeitsgründen – mithilfe der sogenannten neuen OECD-Skala vorgenommen (s.o.).

Deutliche Zunahme der relativen Armut seit dem Ende der 1990er Jahre

Betrachtet man zunächst die auf der Grundlage der gesamtdeutschen Verteilung der Einkommen berechneten Armutsquoten, so ist in West- und Ostdeutschland seit dem Ende der neunziger Jahre eine deutliche Zunahme der relativen Armut zu beobachten (Grafik 4)⁴. 2003 betrug der Bevölkerungsanteil, der über weniger als 60% des Medians der Haushaltsäquivalenzeinkommen verfügte⁵, in Westdeutschland 12,9% und in Ostdeutschland 18,8% (Deutschland insgesamt = 14%). Im Vergleich zu 1998 ist die Armutsquote damit in Westdeutschland um 2,1 und in Ostdeutschland um 5 Prozentpunkte gestiegen. In der längerfristigen Betrachtung zeigt sich zudem, dass die Armutsquote in Westdeutschland derzeit den höchsten Wert seit Beginn der neunziger Jahre aufweist. In Ostdeutschland war die auf den gesamtdeutschen Median der Haushaltsäquivalenzeinkommen bezogene Armutsquote von einem – wegen des damals in den neuen Bundesländern generell noch sehr niedrigen Lebensstandards – extrem hohen Niveau unmittelbar nach der Vereinigung zunächst schnell gesunken und hatte 1998 – vor dem erneuten Anstieg – mit 13,8% ihren bis heute niedrigsten Wert erreicht.

Der ausgeprägte Anstieg der Armutsquote seit dem Ende der neunziger Jahre zeigt sich auch dann, wenn man statt des gesamtdeutschen Medians der Haushaltsäquivalenzeinkommen

Grafik 4: Entwicklung der relativen Einkommensarmut in West- und Ostdeutschland – gesamtdeutsche Einkommensverteilung 1991-2003¹



¹ < 60% Median des bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommens (neue OECD-Skala).
Datenbasis: SOEP

die jeweiligen mittleren Einkommen für Ost- und Westdeutschland zugrunde legt. Die so ermittelte Armutsquote erreichte 2003 in Westdeutschland sogar den höchsten jemals ermittelten Wert seit Beginn der Erhebung im Jahr 1984; und auch in Ostdeutschland bewegt sich die auf den ostdeutschen Median bezogene Armutsquote in den Jahren 2002 und 2003 auf einem Niveau, wie es zuvor nicht erreicht wurde.

Ein Vergleich der Armutsquoten der EU-15-Länder lässt das Ausmaß der Ungleichheit der Einkommensverteilung und Armut in Deutschland allerdings erneut in einem milderen Licht erscheinen: Aus den für das Jahr 2001 vorliegenden Daten geht hervor, dass der Anteil der Bevölkerung, der über weniger als 60% des Medians der Haushaltsäquivalenzeinkommen verfügt, in Deutschland klar unter dem EU-15-Durchschnitt liegt (Grafik 5).

Niedriger als in Deutschland war die so definierte Armutsquote unter den EU-15-Ländern lediglich in Schweden und Dänemark. Ver-

gleichbare Armutsniveaus wie in Deutschland finden sich in den Niederlanden, Finnland, Luxemburg und Österreich. Die höchsten Armutsquoten unter den EU-15-Ländern weisen dagegen Irland und die südeuropäischen Länder auf.

Aktueller Anstieg des Armutsrisikos betrifft vermehrt auch Gruppen in der Mitte der Gesellschaft

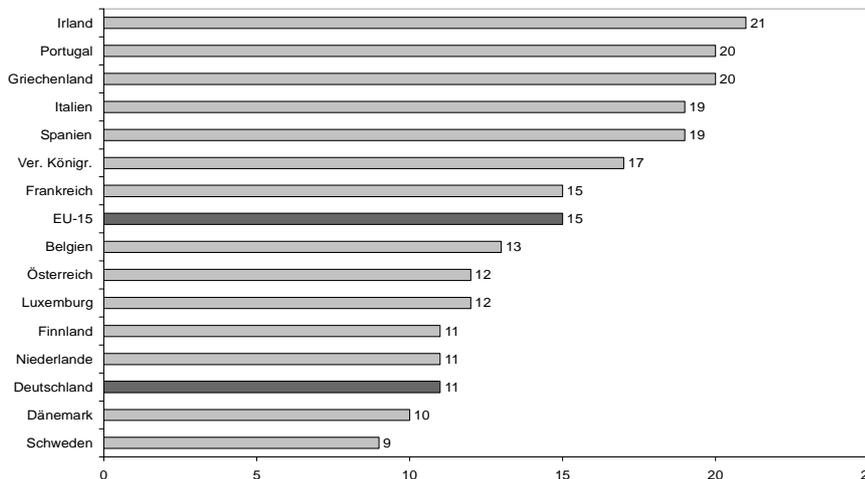
Angesichts des beachtlichen Anstiegs der Armutsquote in den vergangenen Jahren stellt sich die Frage, welche Bevölkerungsgruppen davon besonders betroffen waren und inwiefern sich Veränderungen des Armutsrisikos beobachten lassen. Auffällig ist zunächst, dass für die Gruppen mit dem höchsten Armutsrisiko – Alleinerziehende und Ausländer – in dem Zeitraum zwischen 2000 und 2003 keine oder allenfalls eine unterdurchschnittliche Zunahme des Risikos zu beobachten ist (Tabelle 1). Auch in der älteren – ohnehin von Armut unterdurchschnittlich betroffenen – Bevölke-

rung ist keine ansteigende Tendenz des Armutsrisikos zu erkennen. Deutlich zugenommen hat das Armutsrisiko dagegen bei den unter-18-Jährigen, aber auch den 18- bis 64-Jährigen, sowie darüber hinaus insbesondere bei Paaren mit Kindern. Insgesamt drängt sich bei der Betrachtung der gruppenspezifischen Entwicklung des Armutsrisikos der Eindruck auf, dass mit dem aktuellen Anstieg zunehmend auch Bevölkerungsteile aus der Mitte der Gesellschaft damit rechnen müssen, unter die Armutsgrenze zu fallen.

Bei der bisher verfolgten und in der Ungleichheitsforschung und verteilungspolitischen Diskussion dominierenden Perspektive geht es vor allem darum, wie das Einkommen der privaten Haushalte als die für die Lebensführung und das erreichbare Wohlstandsniveau zentrale Ressource verteilt ist. Dazu gehört auch die Frage nach dem Umfang und der Struktur des Teils der Bevölkerung, der einen am durchschnittlichen Wohlstandsniveau einer Gesellschaft bemessenen Mindeststandard unterschreitet und insofern als ‚arm‘ oder gar ‚sozial ausgeschlossen‘ betrachtet wird. Die daran anschließende und weitergehende Frage nach der Ungleichheit der Ausgaben der Haushalte für den privaten Konsum sowie der Relation der Verbrauchsausgaben zu den Einkommen ist dagegen bisher eher selten verfolgt worden. Die nachfolgende Betrachtung der Ungleichheit der Ausgaben für den privaten Konsum und deren Zusammenhang mit dem Haushaltseinkommen basiert auf Analysen der Mikrodatsätze der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) des Statistischen Bundesamtes für die Jahre 1983, 1993, 1998 und das 1. Halbjahr 2003⁶.

Wie Tabelle 2 zu entnehmen ist, betragen die durchschnittlichen monatlichen Ausgaben für den privaten Verbrauch im Jahr 2003 pro Haushalt 2200 Euro in Westdeutschland und rund 1800 Euro in Ostdeutschland, d.h. die Ausgaben der ostdeutschen Haushalte erreichen gegenwärtig im Durchschnitt 82% des westdeutschen Niveaus. Wie nicht anders zu erwarten, variieren die Konsumausgaben je nach Höhe der Haushaltseinkommen beträchtlich: ‚Arme‘ Haushalte, d.h. Haushalte, die über weniger als 60% des Medians der Haushaltsäquivalenzeinkommen verfügen, gaben in Westdeutschland 2003 monatlich 1123 Euro (Ostdeutschland: 899 Euro) für Konsumzwecke aus im Vergleich zu 3784 Euro (Ostdeutschland 3250 Euro) bei den ‚reichen‘ Haushalten mit einem Einkommen von 200% und mehr des Medians der Haushaltsäquivalenzeinkommen. Die Relation der Ausgaben von armen und wohlhabenden Haushalten betrug damit im Jahr 2003 30% in Westdeutschland und 28% in Ostdeutschland und hat sich auch im Zeitverlauf nur wenig verändert. Wie an der Entwicklung des Gini-Index abzulesen ist⁷, hat die Ungleichheit der Verbrauchsausgaben insgesamt jedoch – vor allem zwischen 1993 und 1998 – leicht zugenommen, bleibt aber meist etwas hinter der Ungleichheit der Einkommen zurück⁸.

Grafik 5: Relative Einkommensarmut im europäischen Vergleich (EU-15) 2001¹



¹ < 60% des Medians des bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommens (neue OECD-Skala).
Quelle: European System of Social Indicators; Dennis/Guio 2004

Tabelle 1: Armutsquote relativer Einkommensarmut nach sozio-demographischen Merkmalen¹

	2000	2001	2002	2003
Alter				
unter 18 Jahre	14,9	15,9	16,2	18,8
18-64 Jahre	11,5	11,3	12,3	13,9
65 Jahre und älter	10,3	8,9	11,9	9,6
Haushaltsformen				
Ein-Personen-Haushalte	17,3	16,2	17,9	17,8
Ehepaare ohne Kinder	6,6	5,7	7,2	7,6
Alleinerziehende	28,6	32,9	30,6	31,6
Paare mit Kindern	10,3	9,7	11,2	13,0
Ausländ. Haushaltsvorstand	27,2	26,8	24,1	28,2

¹ < 60% Median gesamtdeutsch, bedarfsgewichtetes Haushaltsnettoeinkommen (OECD-neu).
Datenbasis: SOEP

Haushaltsausgaben übersteigen Einkommen bei Haushalten in relativer Einkommensarmut

Aufschlussreich ist nicht zuletzt auch eine Betrachtung der Relation der Verbrauchsausgaben zu den Haushaltsnettoeinkommen und wie sich ärmere und wohlhabendere Haushalte darin unterscheiden. Wie aus Tabelle 2 her-

vorgeht, gaben die Haushalte im Jahr 2003 in Westdeutschland im Durchschnitt 85% und in Ostdeutschland 88% ihrer Haushaltsnettoeinkommen für den privaten Konsum aus. Bei den wohlhabenden Haushalten mit einem Einkommen von 200% und mehr des Medians der Haushaltsäquivalenzeinkommen liegen die entsprechenden Anteile mit lediglich 58% in Westdeutschland und 61% in Ostdeutschland

weit unter dem Durchschnitt. Dagegen geben Haushalte, die über weniger als 60% des Medians der Haushaltsäquivalenzeinkommen verfügen, in Westdeutschland genauso wie in Ostdeutschland mit 108 bzw. 111% deutlich mehr für den Verbrauch aus als sie an Einkommen erzielen. Bei einem Ausgabenniveau von 1123 Euro (West) bzw. 899 Euro (Ost), wovon hier wie dort rund zwei Drittel auf Ernährung, Bekleidung und Wohnung entfallen, kann allerdings wohl kaum davon die Rede sein, dass die einkommensarmen Haushalte über ihre Verhältnisse leben. Vieles deutet vielmehr darauf hin, dass den Haushalten in diesem Bereich der Einkommensverteilung vielfach weniger Mittel zur Verfügung stehen als sie für ihre Subsistenzsicherung benötigen. Die Tendenz, mehr auszugeben als über die regelmäßigen Einkünfte abgedeckt ist, hat sich zudem im Zeitverlauf noch verstärkt.

Die sich aufdrängende Frage, woher die Diskrepanz zwischen Ausgaben und Einkommen resultiert, lässt sich derzeit nicht abschließend beantworten. Methodisch ist dazu zunächst festzustellen, dass Einkommen und Ausgaben im Rahmen der EVS unabhängig voneinander erhoben werden und eine Differenz zwischen den beiden Größen – neben den ebenfalls in Betracht kommenden fehlerhaften Angaben – verschiedene Ursachen haben kann. Wie diesbezügliche Analysen gezeigt haben, verringert die Berücksichtigung von Kreditaufnahmen und Vermögensauflösungen, die in den Haushaltsnettoeinkommen, wie sie in Tabelle 2 ausgewiesen werden, nicht enthalten sind, die Differenz zwischen Einkommen und Ausgaben nur partiell. Die verbleibende Differenz kann sowohl auf Unschärfen bei der Erfassung der Einkommen zurückzuführen sein, z.B. indem Geldgeschenke oder auch geliehene Geldbeträge, die von Freunden oder Verwandten angenommen werden, unerfasst bleiben als auch auf systematisch ausgeblendete Einkünfte aus der Schattenwirtschaft.

Unabhängig davon, worauf die ermittelte Diskrepanz zwischen Haushaltseinkommen und -ausgaben letztlich zurückzuführen ist, weisen die Befunde jedenfalls eindeutig darauf hin, dass es in diesem Segment der Einkommensverteilung ohne weitere Verschuldung offensichtlich keinen Spielraum für eine Ausweitung der Konsumausgaben gibt⁹. Die sozial- und wirtschaftspolitischen Implikationen dieser Befunde liegen auf der Hand. Eine nachhaltige Ausweitung des privaten Verbrauchs – wie sie für die Steigerung der Binnennachfrage dringend erwünscht ist – setzt für diese Haushalte Einkommensverbesserungen zwingend voraus. Aufgrund der hohen Konsumquote wären von einer Förderung der einkommensschwachen Haushalte zudem auch die stärksten Nachfrageeffekte zu erwarten. Es erscheint allerdings fraglich, ob mit verteilungspolitischen Maßnahmen, die in diese Richtung gehen, zu rechnen ist. Infolge der eingeleiteten Reformen der wohlfahrtsstaatlichen Institutionen ist derzeit vielmehr eher eine

Tabelle 2: Verbrauchsausgaben nach Einkommenspositionen – 1983-2003

	1983	1993	1998	2003 ¹
	Westdeutschland			
Verbrauchsausgaben pro Haushalt (nominal, in Euro)				
Alle Haushalte	1332	1865	2142	2200
Haushalte nach Einkommensposition ²				
< 60% Äquivalenzeinkommen	616	929	1066	1123
200+% Äquivalenzeinkommen	2306	3232	3672	3784
Verbrauchsausgaben in % des Haushaltsnettoeinkommens				
Alle Haushalte	84	80	86	85
< 60% Äquivalenzeinkommen	100	101	107	108
200+% Äquivalenzeinkommen	63	56	61	58
Gini-Index Verbrauchsausgaben (äquivalenzgewichtet ³)	0,24	0,24	0,28	0,27
	Ostdeutschland			
Verbrauchsausgaben pro Haushalt (nominal, in Euro)				
Alle Haushalte		1386	1711	1797
Haushalte nach Einkommensposition				
< 60% Äquivalenzeinkommen		673	834	899
200+% Äquivalenzeinkommen		2322	3042	3250
Verbrauchsausgaben in % des Haushaltsnettoeinkommens				
Alle Haushalte		84	89	88
< 60% Äquivalenzeinkommen		98	112	111
200+% Äquivalenzeinkommen		58	60	61
Gini-Index Verbrauchsausgaben (äquivalenzgewichtet ³)		0,21	0,25	0,25

¹ 1. Halbjahr; ² die im Rahmen dieser Tabelle verwendeten Einkommenspositionen wurden auf der Grundlage der jeweiligen Einkommensverteilung in West- und Ostdeutschland ermittelt; ³ nach neuer OECD-Skala.

Datenbasis: Einkommens- und Verbrauchsstichproben der Jahre 1983, 1993, 1998, 2003 (1.Hilbj.)

weitere Zunahme der Einkommensungleichheit zu Lasten des unteren Segments der Verteilung sowie eine Kaufkraftschwächung im Bereich der niedrigen Einkommen zu erwarten.

- 1 Vgl. vor allem den Beitrag von Goebel/Habich/Krause im Datenreport 2004.
- 2 Die Äquivalenzgewichtung wird vor allem wegen der besseren internationalen Vergleichbarkeit für sämtliche diesem Beitrag zugrunde liegenden Analysen mithilfe der sogenannten neuen OECD-Skala durchgeführt. Danach geht die erste erwachsene Person eines Haushalts mit einem Gewicht von 1, jede weitere erwachsene Person mit 0,5 und jedes Kind unter 14 Jahren mit einem Gewicht von 0,3 in die Berechnungen ein.
- 3 Bei der über die 60% des Median abgegrenzten Armut wird vielfach auch von „at risk of poverty“ oder von „Niedrigeinkommen“ gesprochen.
- 4 In den diesem Beitrag zugrunde liegenden Berechnungen wurde aufgrund der nur partiell lösbaren methodischen Probleme, die sich dabei stellen, auf eine Bereinigung von zwischen den alten und jungen Bundesländern nach wie vor bestehenden, aber im Laufe der Zeit gesunkenen Kaufkraftunterschieden verzichtet.
- 5 Für das Jahr 2003 beträgt der Median der Haushaltsäquivalenzeinkommen für Gesamtdeutschland 1238 Euro. Die Armutsgrenze von 60% des Medians liegt dementsprechend bei 743 Euro. Für einen aus einem Ehepaar und zwei Kindern unter 14 Jahren bestehenden 4-Personen-Haushalt errechnet sich daraus ein Armutsschwellenwert von 1560 Euro.
- 6 Bei der EVS handelt es sich um eine Quotenstichprobe von etwa 2% aller privaten Haushalte, die im Abstand von fünf Jahren durchgeführt wird; das scientific use file, das den hier präsentierten Analysen zugrunde liegt, umfasst für 1998 ca. 50.000 und für das erste Halbjahr 2003 ca. 26.000 Haushalte.
Die Stichprobe ist im Bereich der höchsten Einkommen limitiert, d.h. es wurden lediglich Haushalte mit einem monatlichen Einkommen von bis zu 25.000 DM im Jahr 1983, 35.000 DM in den Jahren 1993 und 1998 bzw. 18.000 € im Jahr 2003 erfasst. Die Ungleichheit der Verteilung von Einkommen und Ausgaben wird auf dieser Datengrundlage daher tendenziell unterschätzt.
Für weitergehende Informationen zu dieser Datenbasis vgl. <http://www.gesis.org/Dauerbeobachtung/Einkommen/Daten/EVS/kurzb.htm>. Für einen Vergleich der EVS und des SOEP siehe Becker et al. 2003.
- 7 Bei der Berechnung des Gini-Index wurden die äquivalenzgewichteten Verbrauchsausgaben zugrunde gelegt, um Unterschieden in der Größe und Struktur der Haushalte Rechnung zu tragen. Für die Äquivalenzgewichtung wurde wie bei den Einkommen die neue OECD-Skala verwendet.
- 8 Es wird an dieser Stelle darauf verzichtet,

die auf der Basis der EVS ermittelten Werte des Gini-Index für die Haushaltsäquivalenzeinkommen zu berichten.

- 9 Nach einer Studie von Krueger und Perry (2002) wird das hohe Konsumniveau in den USA bei den ärmeren Haushalten zu einem guten Drittel durch Konsumentenkredite, Vermögensauflösungen und private Zuwendungen finanziert. Dieser „Umverteilung à l'américaine“ wird eine große Bedeutung für die Konjunktur der U.S.-Wirtschaft zugeschrieben.
- Becker, Irene et al., 2003: A Comparison of the Main Household Income Surveys for Germany: EVS and SOEP. S. 55-87 in: R. Hauser, I. Becker (Hg.), Reporting on Income Distribution and Poverty. Berlin/Heidelberg/New York: Springer-Verlag.
- Dennis, Ian, Guio, Anne-Catherine, 2004: Armut und soziale Ausgrenzung in der EU. S. 1-11 in: Statistik kurz gefasst, Nr. 16. Eurostat.

Goebel, Jan, Habich, Roland, Krause, Peter, 2004: Einkommen – Verteilung, Armut und Dynamik. S. 623-638 in: Statistisches Bundesamt (Hg.) in Zusammenarbeit mit WZB und ZUMA, Datenreport 2004. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Hauser, Richard, Becker, Irene, 2001: Einkommensverteilung im Querschnitt und im Zeitverlauf 1973-1998. Bonn: Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung.

Krueger, Dirk, Perry, Fabrizio, 2002: Does Income Inequality Lead to Consumption Inequality? Evidence and Theory. National Bureau of Economic Research, Working Paper No. w9202. Cambridge, Massachusetts.

■ Heinz-Herbert Noll und Stefan Weick, ZUMA

Tel.: 0621/1246-241 und -245
noll@zuma-mannheim.de
weick@zuma-mannheim.de

Advancing Quality of Life in a Turbulent World

Kongress der International Society of Quality-of-Life Studies (ISQOLS)
10.-14. November 2004 in Philadelphia, Pennsylvania, USA

Der VI. Kongress der International Society of Quality-of-Life Studies (ISQOLS) wurde unter der Präsidentschaft von Richard J. Estes (University of Pennsylvania) organisiert. Unter dem Motto „Advancing Quality of Life in a Turbulent World“ präsentierten und diskutierten etwa 300 Forscher aus aller Welt aktuelle Ergebnisse aus der Lebensqualitätsforschung. Besonderes Interesse galt dabei der Entwicklung komparativer Indikatoren zu objektiven Lebensbedingungen und subjektivem Wohlbefinden, die einen weltweiten Vergleich der Lebensqualität und ihrer Entwicklung ermöglichen.

Die komparative Perspektive verdeutlicht die aktuellen Turbulenzen in der Welt. Einerseits gerät die Lebensqualität in den reichen Industrieländern zunehmend in Gefahr: In den USA leidet sie unter den Folgen von NAFTA und dem wachsenden Haushaltsdefizit, und Europa steht vor den Problemen der Finanzierbarkeit des Wohlfahrtsstaats und der Integration Osteuropas. Andererseits wirft Asien als derzeit ökonomisch dynamischste Weltregion Fragen zum Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und verschiedenen Aspekten von Lebensqualität auf. In Afrika und Lateinamerika wiederum setzt die Steigerung der Lebensqualität die Lösung andauernder Probleme voraus, während in der Russischen Föderation neue Konflikte aus der Konfrontation hoher Erwartungen mit den

Problemen der Etablierung einer funktionierenden Marktwirtschaft erwachsen. Die Forschung soll sich jedoch nicht auf Beschreibung und Analyse dieser Veränderungen beschränken, sondern die Bedeutung der Lebensqualität für Stabilität und Qualität von Gesellschaften in der öffentlichen Diskussion hervorheben. Eine CD-ROM mit den Kongress-Beiträgen ist beim ISQOLS-Sekretariat (Email: isqols@vt.edu) erhältlich.

Anlässlich des Kongresses unterzeichneten das ISQOLS Executive Committee und Springer Publishers einen Vertrag über die Herausgabe einer vierbändigen „Encyclopedia of Social Indicators and Quality of Life Studies“, die den Stand der Forschung zu Beginn des 21. Jahrhunderts darstellt. Kenneth C. Land von der Duke University übernimmt die Aufgabe des Editor-in-Chief. Die Publikation ist für das Jahr 2006 geplant.

Der nächste ISQOLS-Kongress zum Thema „Prospects for Quality of Life in the New Millennium“ wird am 17.-20. Juli 2006 in Grahams-town, Südafrika, unter der Präsidentschaft von Valerie Møller (Rhodes University) stattfinden.

■ Angelika Scheuer, ZUMA

Tel.: 0621-1246-249
scheuer@zuma-mannheim.de

OECD World Forum on Key Indicators – Statistics, Knowledge and Policy

Palermo, 10.-13. November 2004

Im Herbst des vergangenen Jahres veranstaltete die OECD das erste ‚World Forum on Key Indicators‘. Die Konferenz mit mehr als 500 Teilnehmern aus 43 Ländern fand vom 10. bis 13. November im Teatro Massimo – dem Opernhaus – in Palermo statt und bot ein Forum für die Präsentation und Diskussion von Strategien, Indikatoren und Indikatorensystemen ‚for measuring and assessing the overall ‚position‘ and ‚progress‘ von Ländern und Regionen im nationalen und internationalen Maßstab. Die OECD besann sich damit auf eine Zielsetzung und Thematik, die sie mit ihrem großangelegten ‚Programme of Work on Social Indicators‘ bereits in den 1970er Jahren schon einmal verfolgt hatte. Mit dem ‚World Forum on Key Indicators‘ sollte ein erneuter, den veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen Rechnung tragender Anstoß gegeben werden, mithilfe von ‚key indicators‘ die Informationsgrundlagen für eine angemessene Beobachtung und Beurteilung der gesellschaftlichen Lage und Entwicklung zu verbessern und damit zugleich auch das zum Leitbild erhobene Prinzip eines ‚evidence-based policy making‘ zu fördern. Für die Entscheidung ein derartiges Forum zu veranstalten hat, wie der stellvertretende OECD-

Generalsekretär Herwig Schlögl in seiner Eröffnungsansprache unterstrich, auch die zunehmende Bedeutung internationaler Vergleiche und eines internationalen benchmarkings eine wichtige Rolle gespielt.

Das Programm der Konferenz sollte einen Informationsaustausch über die Entwicklung und die Nutzung von Indikatoren und Indikatorensystemen fördern und damit dazu beitragen, von ‚best practices‘ auf diesem Gebiet zu profitieren, ‚problem definition‘ und ‚decision framing‘ im politischen Prozess zu verbessern, aber auch Informationslücken und -defizite auf nationaler und internationaler Ebene zu identifizieren. Die insgesamt 3-tägige Konferenz umfasste verschiedene Workshops – z.B. über Social Capital Measurement – sowie eine Reihe von Plenary und Parallel Sessions zu verschiedenen thematischen Bereichen oder auch der beispielhaften Praxis in einzelnen Ländern, u.a. Australien und Irland. Zu den Highlights der Veranstaltung gehörten mehrere ‚visionary‘ und ‚key-note‘-speeches, u.a. des Präsidenten der Europäischen Zentralbank, J.-C. Trichet, des Generalsekretärs der OECD, D.J. Johnston, sowie des Controller General der USA, D.A. Walker. Walker beschäftigte sich

u.a. mit der Bedeutung von indikatorengestützten Beobachtungssystemen für die gesellschaftliche ‚accountability‘ auf verschiedenen Ebenen, darunter der Politik, und präsentierte den soeben verabschiedeten Bericht ‚Informing Our Nation: Improving How to Understand and Assess the USA’s Position and Progress‘, mit dem eine ‚Key National Indicators Initiative‘ der USA nun offiziell auf den Weg gebracht wird (vgl. auch ISI Nr. 30).

Auf dem OECD World Forum waren neben Teilnehmern aus den Mitgliedsländern auch verschiedene Nicht-Mitgliedsländer vertreten, darunter insbesondere China mit einer großen, nicht zu übersehenden Delegation. Die Schlussveranstaltung offenbarte das Interesse vieler Teilnehmer und den Wunsch an die OECD, diese Thematik zukünftig weiter zu verfolgen. Weitere Informationen zum Programm, den Referenten sowie den Vorträgen und/oder Powerpoint-Präsentationen bietet die folgende Website:

<http://www.oecd.org/oecdworldforum>

■ **Heinz-Herbert Noll, ZUMA**
Tel.: 0621-1246-241
noll@zuma-mannheim.de

Measuring Ireland’s Progress Indikatorensystem des irischen Amts für Statistik

Irland gehört gegenwärtig zweifellos zu den dynamischsten Gesellschaften und Ökonomien Europas und hat sich innerhalb kurzer Zeit vom europäischen ‚Armenhaus‘ zu einem der reichsten Länder der Welt entwickelt: Gemessen am Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der Bevölkerung (in Kaufkrafteinheiten) genießt Irland heute nach Luxemburg, Norwegen und den USA den höchsten Lebensstandard aller OECD-Länder. Es hat zudem die mit Abstand jüngste Bevölkerung in Europa.

Das irische Central Statistical Office hat der Entwicklungsdynamik dieser Gesellschaft jüngst mit der Veröffentlichung eines 10 ‚life domains‘ und insgesamt 108 Indikatoren umfassenden Berichtssystems für die Messung und kontinuierliche Beobachtung des gesell-

schaftlichen Fortschritts Rechnung getragen. An den Indikatoren können jeweils zeitlicher Wandel und Fortschritt wie auch die Stellung Irlands im Vergleich zu den übrigen Ländern der EU abgelesen werden. Das im Jahr 2003 entstandene Berichtssystem umfasst einen ‚Indicators Report‘ und einen ‚Background Report‘ und soll zukünftig jährlich veröffentlicht werden.

Central Statistical Office, Ireland: Measuring Ireland’s Progress. Volume 1 and 2. ISBN 0-7557-1533-0 (Vol. 1) und 0-7557-1534-9 (Vol. 2). € 10,- pro Volume.

■ **Heinz-Herbert Noll, ZUMA**
Tel.: 0621-1246-241
noll@zuma-mannheim.de



Demokratiezufriedenheit in Deutschland sinkt unter EU-Niveau

Eine europäisch-vergleichende Analyse

Die Demokratiezufriedenheit der Deutschen ist in den vergangenen Jahren messbar zurückgegangen. Nachdem das Niveau jahrzehntlang über dem jeweiligen EU-Durchschnitt lag, fällt es nun darunter. Angesichts von Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit und Einschnitten bei den Sozialsystemen entsteht eine Unzufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie, die sich insbesondere in Ostdeutschland in Protesten und der Wahl rechtsextremer Parteien niederschlägt. Um die Entwicklung der Demokratiezufriedenheit in Deutschland besser beurteilen zu können, wird sie im europäischen Kontext betrachtet: Handelt es sich um einen allgemeinen Trend oder eine spezifisch deutsche Entwicklung? Nachgegangen wird weiterhin der Frage, ob die wachsende Unzufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland in verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen unterschiedlich stark ausgeprägt ist und welche Ursachen dafür verantwortlich gemacht werden können. Als Datenbasis für die Analysen dienen Eurobarometer-Umfragen von Herbst 2002 bis Frühjahr 2004.

In der Politikwissenschaft werden verschiedene Ebenen eines demokratischen Systems unterschieden, die durch den Bürger beurteilt werden. Die konkreteste Bewertung bezieht sich auf die Tagespolitik, d.h. die Politiker, die Parteien und ihre Politik, mit denen die Bürger mehr oder weniger zufrieden sein können. Eine allgemeinere Bewertung des demokratischen Systems fasst das Regierungssystem ins Auge, das die Regeln für die Regierungsbildung und die Repräsentation der Bürger festlegt. Diese wird normalerweise wenig von der Bewertung der Tagespolitik beeinflusst. Wenn jedoch durch lang andauernde Unzufriedenheit mit Parteien und Politikern der Eindruck entsteht, dass auch durch Wahlen keine Verbesserung erreicht wird, kann dies negative Auswirkungen auf die Bewertung des Regierungssystems haben. Sind die Bürger mit dem Regierungssystem grundsätzlich unzufrieden, kann dies zur Wahl systemfeindlicher Parteien und im Extremfall zur Ablehnung der demokratischen Regierungsform insgesamt führen. Demokratiezufriedenheit kann somit ein Reservoir von Legitimität darstellen, das die Loyalität der Bürger zum politischen System auch in Krisenzeiten sichert (Easton 1975).

Demokratiezufriedenheit in Westdeutschland seit der Vereinigung gesunken

Die Demokratiezufriedenheit wird gemessen mit der Frage, wie zufrieden die Bürger mit dem Funktionieren der Demokratie in ihrem Land sind (Norris 1999: 11). In Westdeutschland war sie über anderthalb Jahrzehnte hinweg sehr stabil: gut drei Viertel der Bürger waren zwischen 1976 und 1990 „sehr zufrieden“ oder „ziemlich zufrieden“ mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland (Grafik 1). Seit 1990 allerdings ist in Westdeutschland ein Absinken im Niveau der Demokratiezufriedenheit zu beobachten sowie das Auf-

treten deutlich stärkerer Schwankungen. Der niedrigste Stand der Demokratiezufriedenheit wurde 1997 erreicht, dem letzten Jahr der Regierung Kohl. Doch auch nach dem Regierungswechsel erholt sich die Demokratiezufriedenheit in Westdeutschland nur teilweise. In den Jahren 2002-2004 zeigt sich erneut ein deutlicher Abwärtstrend.

In Ostdeutschland ist insgesamt ein niedrigeres Niveau der Demokratiezufriedenheit zu beobachten. Dies ist angesichts der kürzeren demokratischen Geschichte nicht verwunderlich. Auch in Westdeutschland hat die Demokratiezufriedenheit nach dem Krieg erst langsam, unterstützt durch das Wirtschaftswunder, das hohe Niveau der 70er und 80er Jahre erreicht. Die Differenz zwischen Ost- und Westdeutschland variiert zwischen 20 und 30 Prozentpunkten. Bemerkenswert ist jedoch, dass die Ver-

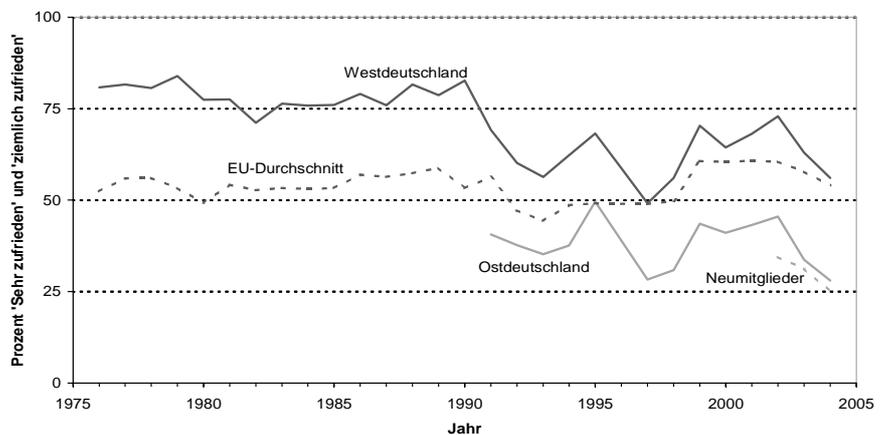
änderungen in Ost- und Westdeutschland seit 1990 parallel verlaufen. Das lässt vermuten, dass die Bürger in Ost und West in ihrer Bewertung ähnlich reagieren.

Der Vergleich mit anderen europäischen Ländern bietet einen Bezugsrahmen, um Niveau und Entwicklung der Demokratiezufriedenheit in Deutschland beurteilen zu können. Gegenüber dem europäischen Durchschnitt¹ zeigt sich, dass das hohe Niveau der Demokratiezufriedenheit in Westdeutschland seit der Vereinigung weitgehend abgeschmolzen ist. Während Westdeutschland vor 1990 im Schnitt 25 Prozentpunkte über dem EU-Niveau lag, sind es danach nur noch 10 Prozentpunkte. Gleichzeitig liegt das Niveau in Ostdeutschland deutlich unter dem EU-Durchschnitt, und die Differenz hat sich von anfänglich 15 auf nun 25 Prozentpunkte vergrößert. Die Veränderung der relativen Positionen kommt zustande, weil die Demokratiezufriedenheit in beiden Teilen Deutschlands zurückgegangen ist, während sie in der EU in der ersten Hälfte der 1990er Jahre leicht gesunken und nach 1999 ein außergewöhnlich hohes Niveau erreicht hat. Dem leichten Rückgang im EU-Durchschnitt in den letzten zwei Jahren (2002-2004) steht ein deutliches Absinken der Demokratiezufriedenheit in beiden Teilen Deutschlands gegenüber. Der Durchschnitt der zehn Neumitglieder, die 2004 beigetreten sind, zeigt für die vergangenen zwei Jahre, für die vergleichbare Daten zur Verfügung stehen, ebenfalls eine fallende Tendenz.

Demokratiezufriedenheit in Deutschland stärker gefallen als in Europa

Bereits der Vergleich mit dem EU-Durchschnitt zeigt, dass der Abwärtstrend in der Demokratiezufriedenheit der letzten beiden Jahre in Deutschland nicht einer allgemeinen europäischen Entwicklung entspricht, sondern sich deutlich davon abhebt. Wie dramatisch sich die deutsche Entwicklung darstellt, wird deutlich, wenn man die Entwicklung der Demokratie-

Grafik 1: Demokratiezufriedenheit in Deutschland und Europa



Indikator: „Sind Sie mit der Art und Weise, wie die Demokratie in [Land] funktioniert, alles in allem sehr zufrieden, ziemlich zufrieden, nicht sehr zufrieden oder überhaupt nicht zufrieden?“ Dargestellt sind Prozentanteile „Sehr zufrieden“ und „ziemlich zufrieden“.

Datenbasis: The Mannheim Eurobarometer Trend File 1970-1999, Eurobarometer 2000-2004

Tabelle 1: Zufriedenheit mit der nationalen Demokratie

	Herbst 2002 %	Frühjahr 2003 %	Herbst 2003 %	Frühjahr 2004 %	Differenz 2002-04
<i>Europäische Union</i>					
Dänemark	88	91	90	91	+3
Luxemburg	78	80	74	80	+2
Finnland	71	77	71	77	+6
Schweden	76	75	73	74	-2
Irland	69	66	69	70	+1
Spanien	70	58	70	65	-5
Niederlande	66	70	59	65	-1
Österreich	72	65	66	64	-8
Griechenland	53	49	54	64	+11
Belgien	70	65	58	62	-8
Vereinigtes Königreich	60	60	58	58	-2
Westdeutschland	71	66	57	56	-15
Frankreich	59	68	55	55	-4
Deutschland	66	59	53	51	-15
Italien	34	38	34	35	+1
Portugal	35	43	34	31	-4
Ostdeutschland	44	32	35	28	-16
EU-15-Durchschnitt	59	58	54	54	-5
<i>Neumitglieder</i>					
Zypern	62	77	75	77	+15
Malta	50	62	65	58	+8
Tschechische Republik	46	44	43	44	-2
Slowenien	47	50	53	44	-3
Lettland	39	39	43	38	-1
Estland	34	36	35	32	-2
Ungarn	42	43	33	32	-10
Litauen	40	38	40	32	-8
Slowakei	20	24	18	20	0
Polen	29	24	24	16	-13
Durchschnitt Neumitgl.	33	31	29	24	-9
<i>Kandidatenländer</i>					
Türkei	16	38	35	51	+35
Bulgarien	18	16	23	19	+1
Rumänien	30	23	21	18	-12

Indikator: „Sind Sie mit der Art und Weise, wie die Demokratie in [Land] funktioniert, alles in allem sehr zufrieden, ziemlich zufrieden, nicht sehr zufrieden oder überhaupt nicht zufrieden?“ Dargestellt sind Prozentanteile „Sehr zufrieden“ und „ziemlich zufrieden“.

Datenbasis: Standard Eurobarometer 58.1, 59.1, 60.1 und 61; Candidate Countries Eurobarometer 2002.2, 2003.2, 2003.4 und 2004.1

zufriedenheit in Deutschland mit den Veränderungen in den einzelnen Ländern Europas vergleicht. Dabei stellt sich die Frage, welche Vergleichsmaßstäbe für Ost- und Westdeutschland angemessen sind. Westdeutschland wird üblicherweise im Kontext der westeuropäischen EU-Länder betrachtet, wo eine vergleichbare Wirtschafts- und Sozialstruktur vorherrschen. In Ostdeutschland hingegen ist nicht nur der Zeitraum demokratischer Herrschaft deutlich kürzer. Zudem hat 40 Jahre kommunistische Herrschaft andere wirtschaftliche und soziale Bedingungen geschaffen, die gegenwärtig einem tiefgreifenden Umstrukturierungsprozess unterworfen sind. In dieser Hinsicht ist Ostdeutschland den mittel- und osteuropäischen Ländern ähnlicher als den westeuropäischen Ländern. Eine europäisch-vergleichende Analyse sollte daher mit Blick auf Ostdeutschland nicht nur die westlichen, sondern auch die mittel- und osteuropäischen Länder einbeziehen.

Tabelle 1 zeigt für alle Länder die Anteile derjenigen, die mit dem Funktionieren der Demokratie in ihrem Land „sehr zufrieden“ oder „ziemlich zufrieden“ sind, sowie die Veränderung innerhalb dieses Zeitraums. Die Länder sind gruppiert in die bisherigen 15 EU-Länder, die zehn 2004 beigetretenen Neumitglieder und drei weitere Kandidatenländer. Innerhalb der EU wird die höchste Demokratiezufriedenheit in den skandinavischen Ländern und in Luxemburg gemessen. Hier sind die Zufriedenheitsraten weiter gestiegen. Die geringste Demokratiezufriedenheit hingegen besteht in Südeuropa, wo (außer in Griechenland) auch ein leichter Rückgang zu verzeichnen ist. Somit nimmt die Spanne innerhalb der EU-Länder insgesamt zu. Eine zunehmende Spreizung zwischen höchsten und niedrigsten Zufriedenheitsraten zeigt sich auch unter den Neumitgliedern und Kandidatenländern. Sie ist bedingt durch erhebliche Zufriedenheitsgewinne in den Mittelmeer-

ländern (Malta, Zypern und Türkei) auf der einen und Verluste in den mittel- und osteuropäischen Ländern (insbesondere Ungarn, Polen und Rumänien) auf der anderen Seite.

Im westeuropäischen Rahmen hebt sich der Rückgang der Demokratiezufriedenheit in Westdeutschland von der Entwicklung der übrigen Länder deutlich ab. Gemessen am Verlust in Prozentpunkten ist dies der stärkste absolute Rückgang überhaupt in diesem Zeitraum. Im Frühjahr 2004 sind nur noch Franzosen, Italiener und Portugiesen weniger zufrieden mit dem Funktionieren ihrer Demokratie als die Westdeutschen. Die Demokratiezufriedenheit der Ostdeutschen liegt erwartungsgemäß im unteren Feld der EU-15-Länder und nimmt im Frühjahr 2004 gar den letzten Platz ein. Doch auch im Vergleich mit den mittel- und osteuropäischen Ländern ist der starke Rückgang der Demokratiezufriedenheit in Ostdeutschland auffällig. Im Frühjahr 2004 sind unter den Neumitgliedern nur in der Slowakei und in Polen noch weniger Bürger mit dem Funktionieren ihrer Demokratie zufrieden sowie unter den Beitrittskandidaten in Bulgarien und Rumänien.

Unzufriedenheit zieht sich durch alle Bevölkerungsgruppen

Der Rückgang der Demokratiezufriedenheit der letzten zwei Jahre in Deutschland folgt damit keinem allgemeinen europäischen Trend. Im Gegenteil fallen die Zufriedenheitsverluste hierzulande im europäischen Vergleich außergewöhnlich stark aus und stehen teilweise sogar im Widerspruch zu den in den anderen Ländern beobachteten Entwicklungen. Somit handelt es sich hierbei um ein spezifisch deutsches Phänomen, das näherer Betrachtung bedarf. Zunächst stellt sich die Frage, ob bestimmte Bevölkerungsgruppen in Deutschland besonders unzufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie sind oder ob es sich hierbei um eine gesamtgesellschaftliche Erscheinung handelt. Tabelle 2 zeigt die Anteile derjenigen, die „nicht sehr zufrieden“ oder „überhaupt nicht zufrieden“ sind, für ausgewählte gesellschaftliche Untergruppen. Abgesehen von dem Niveauunterschied zwischen Ost und West ergeben sich dabei nur wenige signifikante Subgruppenunterschiede.

In Westdeutschland zeigen sich die Frauen unzufriedener als die Männer. In Ostdeutschland ist insbesondere die jüngste Altersgruppe signifikant weniger unzufrieden als die übrigen Altersgruppen. Damit widerspricht dieses Ergebnis Befürchtungen, dass es gerade die nachwachsenden Generationen sind, die sich vom demokratischen Regierungssystem abwenden. Zudem weisen auch diejenigen, die sich noch in der Ausbildung befinden, eine geringere Unzufriedenheit auf. Daraus kann man den Schluss ziehen, dass sich die Demokratiezufriedenheit in Ostdeutschland noch in der Entwicklung befindet und sich die Niveauunterschiede zwischen Ost und West auf längere Sicht angleichen können. Generell ist je-

Tabelle 2: Unzufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in West- und Ostdeutschland 2003

	Westdeutschland %	Ostdeutschland %
Gesamt	41	65
Geschlecht		
Männer	38	66
Frauen	44	64
Alter		
16-34 Jahre	41	57
35-59 Jahre	44	69
60 Jahre und älter	38	68
Bildung ^a		
Niedrig	41	69
Mittel	43	66
Hoch	38	66
In Ausbildung	32	50
Beschäftigung		
Abhängig beschäftigt	39	62
Selbständig	47	63
Ohne Beschäftigung	45	66
Rentner	39	67
Ideologische Position ^b		
Links	33	67
Mitte	38	62
Rechts	42	60

Indikator: „Sind Sie mit der Art und Weise, wie die Demokratie in [Land] funktioniert, alles in allem sehr zufrieden, ziemlich zufrieden, nicht sehr zufrieden oder überhaupt nicht zufrieden?“ Dargestellt sind Prozentanteile „Nicht sehr zufrieden“ und „überhaupt nicht zufrieden“.

a) Bildungsniveau errechnet auf Basis des Lebensalters, zu dem die Ausbildung abgeschlossen wurde: niedrig = bis 15 Jahre, mittel = 16-19 Jahre, hoch = 20 Jahre und älter.

b) Ideologische Position erfragt auf einer Skala von 1 bis 10: Links = 1-4, Mitte = 5-6, Rechts = 7-10.

Datenbasis: Standard Eurobarometer 60.1.

während die persönliche wirtschaftliche Situation vergleichsweise positiv beurteilt wird. Solange die persönliche Situation optimistisch gesehen wird, so das Argument, ist die Gefahr für die Demokratiezufriedenheit begrenzt. Um dies zu überprüfen, werden beide ökonomische Beurteilungen in die Analyse einbezogen².

Der Einfluss von Institutionenvertrauen und wirtschaftlichen Erwartungen auf die Demokratiezufriedenheit wird anhand von Regressionen für alle europäischen Länder ermittelt. Tabelle 3 stellt dar, welche Effekte diese Variablen in den verschiedenen Ländern haben, wobei die Länder nach zunehmender Bedeutung der wirtschaftlichen Faktoren geordnet sind. Betrachtet man zunächst das Muster der Erklärungsfaktoren allgemein, zeigt sich ein höheres Gewicht politischer Faktoren in Westeuropa und eine größere Bedeutung ökonomischer Faktoren – und hier insbesondere der persönlichen wirtschaftlichen Lage – in Mittel- und Osteuropa. In den Transformationsländern hat die erwartete wirtschaftliche Entwicklung häufig eine größere Bedeutung für die Demokratiezufriedenheit als die Vertrauenswürdigkeit der demokratischen Institutionen (vgl. Delhey/Tobsch 2000). In den etablierten westlichen Demokratien ist die wirtschaftliche Lage nicht unwichtig, doch haben zu meist politische Faktoren das höhere Gewicht.

Der Vergleich zwischen Ost- und Westdeutschland entspricht dem europäischen Bild. Bemerkenswert ist der Einfluss der persönlichen wirtschaftlichen Lage auf die Demokratiezufriedenheit in Ostdeutschland. Ein ähnlicher Effekt ist für Westdeutschland nicht nachzuweisen. In beiden Teilen Deutschlands haben hingegen die Erwartungen hinsichtlich der gesamtwirtschaftlichen Situation eine große Bedeutung für die Zufriedenheit mit der Demokratie. Die pessimistische Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklung und der Rückgang der Demokratiezufriedenheit hängen offenbar eng zusammen. Verständlich wird aber auch, warum z.B. die Ablehnung von Hartz IV gerade in Ostdeutschland zu Demonstrationen und Protestwahlverhalten führte. Da hier die Ängste um die persönliche wirtschaftliche Lage in die Beurteilung des demokratischen Systems eingehen, führen sie auch zu systemkritischem politischen Verhalten.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die Demokratiezufriedenheit in Deutschland deutlich stärker zurückgegangen ist als in allen anderen Ländern Europas. Die zunehmende Unzufriedenheit in beiden Teilen Deutschlands ist dabei ein gesamtgesellschaftliches Phänomen. Das niedrigere Niveau in Ostdeutschland ist weitgehend durch die kürzere demokratische Geschichte erklärbar, wobei sich Anzeichen finden lassen, dass jüngere Generationen (insbesondere wenn sie höhere Ausbildung genießen) ein höheres Maß an Demokratiezufriedenheit ausbilden als die Generationen, die in der DDR sozialisiert wurden. In ganz Deutschland leidet die Demokratiezufriedenheit unter dem ausgeprägten wirtschaftlichen Pessimismus in der

doch festzustellen, dass sich keine der Gruppen durch besonders ausgeprägte Unzufriedenheit auszeichnet. Die geringen Unterschiede zwischen den betrachteten gesellschaftlichen Gruppen deuten somit darauf hin, dass sich die niedrige Demokratiezufriedenheit in Deutschland durch alle gesellschaftlichen Gruppen zieht und als generelles Problem betrachtet werden muss.

Fragt man nach den Ursachen für Zufriedenheit oder Unzufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie, werden in der komparativen Forschung zwei Begründungen angeführt, eine politische und eine ökonomische (vgl. Hofferbert/Klingemann 1999). Die politische Begründung verweist auf das schlechte Ansehen von Politikern und Parteien in der Gesellschaft, das sich auch nach dem letzten Regierungswechsel nicht verbessert hat. Die ökonomische Begründung leitet die Unzufriedenheit aus der wirtschaftlichen Verunsicherung der Bevölkerung her, die zunächst die Ostdeutschen, aber in zunehmenden Maße auch die Westdeutschen befällt. Abschließend soll daher die Bedeutung der politischen und ökonomischen Faktoren für die Demokratiezufriedenheit untersucht werden. Deutschland wird hier erneut mit anderen europäischen Ländern verglichen, um festzustellen, ob und wie sich die Einflüsse der politischen oder ökonomischen Faktoren auf die Demokratiezufriedenheit unterscheiden.

Persönliche wirtschaftliche Lage nur im Osten relevant

Die Eurobarometerumfrage vom Herbst 2003 enthält Indikatoren, die es erlauben, dieser Frage nachzugehen. Der politische Faktor wird anhand des Vertrauens in demokratische Institutionen untersucht. Wie eingangs erwähnt, kann das Ausmaß des Vertrauens in die demokratischen Institutionen einen Einfluss auf die Demokratiezufriedenheit haben. Hier werden zwei Gruppen von Institutionen unterschieden. Die erste Gruppe sind die politischen Institutionen, repräsentiert durch Parteien, Parlament und Regierung, die den politischen Prozess gestalten. Die zweite Gruppe sind die Sicherheitsorgane (Justiz und Polizei), die Ordnung und Sicherheit gewährleisten und zugleich Menschen- und Bürgerrechte achten sollen. Das Ausmaß des Vertrauens in beide Arten von Institutionen sollte sich in der Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie äußern.

Der ökonomische Faktor wird anhand der Erwartungen hinsichtlich der ökonomischen Entwicklung für das kommende Jahr (2004) analysiert. Hier wird unterschieden zwischen Erwartungen zur gesamtwirtschaftlichen Situation und zur persönlichen wirtschaftlichen Lage. Bisweilen wird argumentiert, dass sich der wirtschaftliche Pessimismus der Deutschen vornehmlich auf die Gesamtwirtschaft bezieht,

Tabelle 3: Determinanten der Demokratiezufriedenheit (signifikante unstandardisierte Regressionskoeffizienten)

	Vertrauen in politische Institutionen	Vertrauen in Sicherheits- organe	Erwartung Wirtschaft	Erwartung persönliche Lage
Finnland	.15**	.20**		
Niederlande	.23**	.12**	.06	
Belgien	.24**	.05		
Frankreich	.20**	.10**		
Schweden	.17**	.13**	.10**	
Luxemburg	.13**	.12**		
Irland	.15**	.12**		
Österreich	.16**	.08**		.07
Deutschland West	.10**	.18**	.15**	
Dänemark	.10**	.16**	.06*	
Portugal	.14**	.10**	.11**	
Deutschland Ost	.18**	.12**	.11**	.12**
Vereinigtes Königreich	.09**	.14**	.10**	
Italien	.12**	.14**	.18**	
Spanien	.09**	.09**	.11**	
Griechenland	.11**	.11**	.08*	.11**
Zypern	.21**	.10*		
Estland	.15**	.07**	.09*	.11*
Ungarn	.13**	.05*	.08*	.10*
Malta	.17**	.06	.10*	.15**
Slowakei	.11**	.09**	.16**	
Slowenien	.09**	.04	.17**	
Polen	.07	.06*	.13**	
Tschechische Republik	.13**	.09**	.13**	.15**
Lettland	.17**		.20**	.15**
Litauen	.11**		.17**	.17**
Türkei	.08*	.09**	.07	
Rumänien	.13**		.08*	.09*
Bulgarien	.15**		.14**	.16**

* = signifikant $p < .01$, ** signifikant $p < .001$

Vertrauen in politische Institutionen: Index aus Vertrauen in Regierung, Parlament, politische Parteien. Vertrauen in Sicherheitsorgane: Index aus Vertrauen in Polizei und Justiz. Erwartung Wirtschaft: Index aus Erwartungen für das Jahr 2004 hinsichtlich wirtschaftliche Lage und Lage auf dem Arbeitsmarkt im eigenen Land. Erwartung persönliche Lage: Index aus Erwartungen für das Jahr 2004 hinsichtlich der finanziellen Situation des Haushalts und der persönlichen beruflichen Situation. Alle Variablen standardisiert auf [0,1].

Datenbasis: Standard Eurobarometer 60.1 und Candidate Countries Eurobarometer 2003.4

Bevölkerung. Es steht zu erwarten, dass erst ein umfassender Wirtschaftsaufschwung zu einer durchgreifenden Verbesserung der Demokratiezufriedenheit führen wird. Die dazu erforderlichen Reformen stellen jedoch insbesondere in Ostdeutschland eine Gefahr für die Unterstützung der Demokratie dar, wenn sie die persönliche wirtschaftliche Lage der Bürger als bedroht erscheinen lassen.

1 *Der EU-Durchschnitt umfasst 9 Mitgliedsländer für 1976-1984, 12 Mitgliedsländer für 1985-1994 und 15 Mitgliedsländer für 1995-2004. Die Änderung der Länderzusammensetzung hat keinen Einfluss auf die Höhe des EU-Durchschnitts.*

2 *Die Unterscheidung der demokratischen Institutionen in politische Institutionen und Sicherheitsorgane sowie die Unterscheidung der wirtschaftlichen Erwartungen hinsichtlich Gesamtwirtschaft und persönliche wirtschaftliche Lage ist für die untersuchten Länder faktoranalytisch belegt.*

Delhey, Jan, Tobsch, Verena, 2000: Understanding Regime Support in New Democracies. Does Politics Really Matter More Than Economics? Arbeitspapier FS III 00-403. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.

Easton, David, 1975: A Re-Assessment of the Concept of Political Support. British Journal of Political Science 5: 435-457.

Hofferbert, Richard I., Klingemann, Hans-Dieter, 1999: Remembering the Bad Old Days: Human Rights, Economic Conditions, and Democratic Performance in Transitional Regimes. European Journal of Political Research 36(2): 155-174.

Norris, Pippa, 1999: Critical Citizens. Oxford: Oxford University Press.

■ **Angelika Scheuer, ZUMA**

Tel.: 0621/1246-249

scheuer@zuma-mannheim.de

Third International Quality-of-Life Conference: Towards Quality-of-Life Improvement

14.-16. September 2005, Wrocław, Polen

Die dritte internationale Konferenz der Quality-of-Life-Forschung zum Thema „Towards Quality of Life Improvement“ findet im September 2005 in Wrocław, Polen, statt. Sie wird gemeinsam vom Department of Statistics der Wrocław Universität und der Ökonomischen Fakultät der La Sapienza Universität in Rom organisiert und von der „International Society of Quality-of-Life Studies

(ISQOLS)“ unterstützt. Die Konferenz soll den Austausch zwischen Wissenschaftlern unterschiedlicher Disziplinen fördern, aber auch der Festlegung zukünftiger Forschungsziele dienen. Eine Vielfalt unterschiedlicher Aspekte der Quality-of-Life-Forschung werden berücksichtigt, von empirischen Ergebnissen bis zu methodischen Fragestellungen.

Detaillierte Informationen sind im Internet unter folgender Adresse zu finden:

<http://statystyka.ae.wroc.pl/qol2005>

Ansprechpartner ist:

Dr. Dariusz Biskup, Department of Statistics, Wrocław University of Economics, Komandorska 118-120, 53-345 Wrocław, Poland, Telefon und Fax: +4871/3680-356, Email: dariusz.biskup@ae.wroc.pl

Partnerschaftliche Verwaltung der Haushaltseinkommen ist die Regel

Eine Analyse von Arrangements der Geldverwaltung in Paarhaushalten

Der nachfolgende Beitrag untersucht Arrangements der Geldverwaltung in Paarhaushalten in Deutschland. Dabei wird auch der Frage nach dem Einfluss von Einstellungen zur Berufstätigkeit der Frau auf diese Größe nachgegangen. Auf Basis zweier Sondererhebungen des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP) aus den Jahren 2003 und 2004 wird gezeigt, dass neben verschiedenen sozio-ökonomischen Einflussfaktoren auch die Einstellungen eine eigenständige Erklärungskraft für das jeweils gewählte Arrangement der Geldverwaltung haben. In die Untersuchung einbezogen wurden Personen, die verheiratet oder nicht verheiratet gemeinsam in einer festen Partnerschaft mit oder ohne Kinder in Paarhaushalten leben. Um differenziertere Einzelauswertungen zu ermöglichen, wurden die Daten aus den beiden Sondererhebungen zusammengeführt (gepoolt; insgesamt 980 Personen, 525 Frauen und 455 Männer).

In den letzten 30 Jahren haben sich in den privaten Haushalten der westlichen Industrieländer dramatische Veränderungen ergeben. Kennzeichnend für diese Entwicklung ist nicht nur die rechtliche Gleichstellung der Frau, sondern auch die rapide Zunahme ihrer Erwerbsbeteiligung. Damit haben sich herkömmliche Lebensmuster stark verändert (Giele/Holst 2004). Diese Entwicklung schlägt sich auch in den Haushalten und dem dortigen Machtgefüge nieder. Zur Aufteilung der Verfügungsgewalt über das Haushaltseinkommen liegen – auch für Deutschland – bislang kaum Informationen vor, obwohl dieses Thema eine hohe Relevanz hat. Studien belegen, dass ein Zusammenhang zwischen der Kontrolle über das Haushaltseinkommen und der generellen Macht im Haushalt und damit auch der Allokation der Haushaltsressourcen besteht (Vogler/Pahl 1994, Pahl 1995). Dieser Zusammenhang ist nicht ohne Folgen für die Wohlfahrt der Familie: Die Weltbank zeigte auf, dass mehr Ressourcen in den Händen von Frauen auch mehr Ressourcen für die Familie – insbesondere für die Kinder – bedeuten. In ihrer Studie über Länder mit nachholender Entwicklung drückte sich dies z.B. in der Abnahme der Kindersterblichkeit, Zunahme des Wachstums und einem verbesserten Schulzugang aus (Worldbank 2001). Die Weltbank betont, dass Politiken, die auf eine Veränderung der Distribution von Ressourcen unter den Haushaltsmitgliedern zielen¹, auch die Machtbalance im Haushalt verändern und somit die Gleichstellung der Geschlechter und die Wohlfahrt der Familie fördern können.

Nutzen, Kosten und Risiken je nach Art der Ressourcenverwaltung

Aus der Sicht der ökonomischen Theorie wird in Paar-Beziehungen die Geldverwaltungsform gewählt, die den größten Nutzen bzw. die geringsten Kosten für die Beteiligten bzw.

den gemeinsamen Haushalt erzeugt. Als Kosten werden hier der finanzielle und zeitliche Aufwand für das Management des Haushalt verstanden (Transaktionskosten). Der relative Nutzen einer Verwaltungsform ergibt sich aus dem Vergleich mit den anderen Verwaltungsformen. Einfluss auf den Nutzen haben auch die Präferenzen der Betroffenen, die sich in einer Vorliebe für eine bestimmte Form der Geldverwaltung im Haushalt ausdrücken. Die mit einer Verwaltungsform verbundenen Risiken bestehen in der (unabgestimmten) monetären Vorteilsnahme durch einen Partner. Dieses Risiko kann durch langfristige Vereinbarungen (z.B. Eheschließung) und Investitionen in die Partnerschaft (z.B. Vertrauen, gemeinsame Güter etc.) reduziert werden. Geringe Transaktionskosten und geringe Risiken maximieren den Vorteil eines Arrangements.

Weiterhin können aus dem zum Haushaltseinkommen geleisteten eigenen finanziellen Beitrag Machtansprüche auf die Ressourcen des Haushalts abgeleitet werden. Im Durchschnitt erzielen Männer auf dem Arbeitsmarkt ein höheres Einkommen als Frauen. Eine Partnerin mit keinem oder einem geringen eigenen Einkommen hat im Vergleich zu Partnerinnen mit einem existenzsichernden eigenen Verdienst bei Konflikten im Haushalt eine relativ geringe Verhandlungsmacht, um ihre Situation zu verbessern. Sie ist auf einen Haupternährer angewiesen. Partnerinnen mit eigenem Einkommen sind hier deutlich besser gestellt. Die Mitspracherechte im Haushalt dürften daher steigen, je mehr eine Partnerin materiell zum Haushaltseinkommen beiträgt und je besser ihre externen Alternativen sind. Hierauf weisen auch Ergebnisse von Laurie/Gershuny (2000) hin, wonach eine feste Einbindung von Frauen in den Arbeitsmarkt egalitäre Strukturen bei der Verwaltung des Haushaltseinkommens fördert.

Bei der Verwaltung des Haushaltseinkommens in Paarhaushalten durch nur eine Person sind die Transaktionskosten relativ gering. Dieses Arrangement beinhaltet das Risiko, dass Haushaltsressourcen für persönliche Belange ausgegeben werden. Die Gefahr kann reduziert werden, wenn allen Beteiligten ein umfassender Einblick in die finanzielle Situation des Haushalts gewährt wird und über Einzelausgaben Rechenschaft abgelegt werden muss. Die Auswirkungen ungleicher Zugriffsrechte auf das Haushaltseinkommen kommen erst zum Tragen, wenn dem Haushalt mehr Ressourcen zur Verfügung stehen als er zur Subsistenz benötigt. Im Falle eines geringen Haushaltseinkommens besteht dagegen kaum ein Risiko, persönlichen Nutzen aus der Verwaltung des Haushaltseinkommens zu ziehen, denn das ganze Geld wird für die Versorgung des Haushalts benötigt. Die Alleinverwaltung führt so eher zu einem Zuwachs an Belastung (vgl. hierzu auch Pahl 1989). Insgesamt wird die Alleinverwaltung auch aufgrund der niedrigen Transaktionskosten eher bei geringem Haushaltseinkommen sowie traditionell eingestellten PartnerInnen anzutreffen sein.

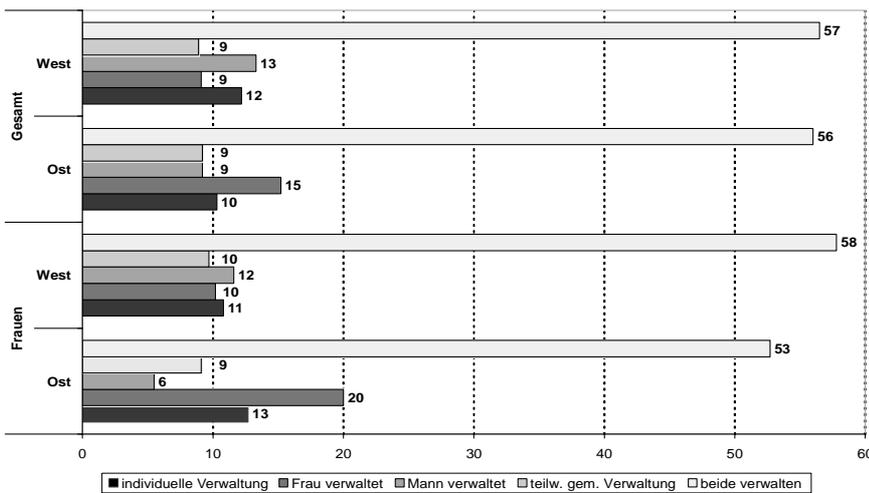
Etwas höhere Transaktionskosten fallen an, wenn das Geld „in einen Topf“ geworfen wird und die Partner sich nehmen, was sie benötigen, denn beide müssen sich über die jeweiligen Ausgaben abstimmen. Auch diese Verwaltungsform erfordert gegenseitiges Vertrauen, jedoch in geringerem Umfang als bei der Verwaltung durch nur eine Person. Ein kostenintensiver Vertrauens- oder Vertragsbruch (Trennung) ist weniger wahrscheinlich, wenn sich die Partner lange kennen und bereits höhere Investitionen in die Beziehung getätigt haben. Dies trifft gewöhnlich eher für Ältere zu als für Jüngere und eher für Verheiratete als für Unverheiratete.

Die getrennte, individuelle Verwaltung ist mit den relativ höchsten Transaktionskosten verbunden, da zum Beispiel getrennte Konten geführt werden und die einzelnen gemeinsam zu leistenden Ausgaben – wie z.B. Miete, Telefon, Versicherungen – genaue Absprachen benötigen. Andererseits sind hier aber auch die Kosten einer Trennung geringer, da weniger Gemeinsames zu trennen und aufzuteilen ist. Bei einer eher ungefestigten, bezüglich einer Trennung „risikoreichen“ Partnerschaft hat diese Verwaltungsform daher Vorteile gegenüber den anderen Formen der Geldverwaltung. Es ist zu erwarten, dass die Getrenntverwaltung des Haushaltseinkommens eher bei Jüngeren und Unverheirateten sowie bei Personen mit vergleichsweise hohem eigenen Einkommen anzutreffen sein wird.

Jeder fünfte Paarhaushalt von Jüngeren präferiert individuelle Geldverwaltung

In den unseren Analysen zugrunde liegenden SOEP Sondererhebungen² wurde die Form der Verwaltung der monetären Ressourcen über folgende Frage erhoben: „Von wem wird das Einkommen im Haushalt verwaltet?“³ Als

Grafik 1: Verwaltung des Haushaltseinkommens nach Geschlecht und Region



Datenbasis: SOEP Sondererhebungen 2003/2004, gepoolter Datensatz

me Verwaltung des Einkommens gewinnt an Bedeutung. In der Gruppe der 55-Jährigen und Älteren liegt sie schließlich bei 60%, individuelle Formen der Ressourcenverwaltung sind nur noch bei knapp einem Zehntel anzutreffen.

Vollzeitbeschäftigte in Partnerschaften verwalten zu knapp einem Fünftel (Frauen etwas häufiger) ihr Einkommen getrennt. Eine Verwaltung durch den Mann kommt bei den voll erwerbstätigen Frauen kaum vor. Bei Teilzeitbeschäftigten liegt die individuelle Verfügung auch noch über dem Durchschnitt, hier spielt in höherem Maße aber auch die gemeinsame Verwaltung des Geldes eine Rolle. In den Haushalten nichterwerbstätiger Frauen verwalte überdurchschnittlich häufig der Mann – aber auch in etwas geringerem Umfang die Frau – das Haushaltseinkommen, aber auch hier ist die gemeinsame Verwaltung der Ressourcen von zentraler Bedeutung.

- Antwortkategorien standen zur Verfügung:
- Wir legen einen Teil des Geldes zusammen, und jeder behält einen Teil für sich.
 - Wir legen das ganze Geld zusammen und jeder nimmt sich, was er/sie braucht.
 - Mein Partner verwaltet das ganze Geld und gibt mir meinen Anteil.
 - Ich verwalte das ganze Geld und gebe meinem Partner seinen Anteil.
 - Jeder verwaltet sein eigenes Geld.

Differenziert nach Altersgruppen wird deutlich, dass unter den Jüngeren in Paarhaushalten noch jede(r) Fünfte das Einkommen individuell verwaltet und nur in sehr geringem Maße der Mann oder die Frau alleine darüber verfügt (Tabelle 1). Hier sind die Risiken einer Trennung noch relativ hoch und die in die Beziehung getätigten Investitionen vergleichsweise niedrig. Mit höherem Alter nimmt die individuelle Verwaltung ab und die gemeinsa-

Die Höhe des Einkommens scheint entscheidenden Einfluss auf die gewählte Verwaltungsform zu haben. Im unteren Drittel der Einkommensverteilung ist die Verwaltung durch den Mann oder die Frau alleine überdurchschnittlich häufig anzutreffen. Hier ist zu vermuten, dass es sich jeweils um unterschiedliche Konstellationen handelt: Im Falle der Verwaltung des Haushaltseinkommens durch den Mann sind die Partnerinnen häufig nicht erwerbstä-

Wie auch andere Untersuchungen bereits zeigten, geben die meisten Befragten (hier knapp zwei Drittel) eine gemeinsame Verwaltung des Haushaltseinkommens an, obwohl tatsächlich ein Partner stärker dominieren kann (z.B. Pahl 1989). Daher wurde diesem Personenkreis eine weitere Frage nach dem „letzten Wort“ bei finanziellen Entscheidungen vorgelegt. Es bestanden die Antwortmöglichkeiten: „Ich“, „PartnerIn“ und „Beide in gleichem Maße“. Die Kombination beider Fragen erlaubt eine bessere Differenzierung des „gemeinsamen“ Ressourcen-Managements: Nur diejenigen, die auch hier angaben, beide in gleichem Maße zu entscheiden, wurden in der Kategorie der gemeinsamen Verwaltung belassen. Die anderen Personen wurde entsprechend ihren Antworten der Kategorie „Mann verwaltet“ oder „Frau verwaltet“ zugeordnet.

Im Ergebnis verfügte hiernach noch gut die Hälfte der Befragten gemeinsam über das Haushaltseinkommen (Grafik 1). Reichlich ein Zehntel der Befragten gab an, dass in ihren Haushalten jeweils entweder die Frau, der Mann oder beide individuell getrennt das Haushaltseinkommen verwalten. Knapp ein weiteres Zehntel der Befragten gab an, dass im Haushalt das Geld teilweise zusammengelegt wird und jeder einen Teil für sich behält. Insgesamt sind die Ost-West-Unterschiede überraschend gering. Lediglich bei der Verwaltung durch die Frau (häufiger in Ostdeutschland) bzw. durch den Mann (häufiger in Westdeutschland) zeigen sich etwas größere Unterschiede.

Tabelle 1: Verwaltung des Einkommens in Paarhaushalten nach Alter, Erwerbsstatus und Einkommen

	Individuelle Verwaltung	Frau verwaltet	Mann verwaltet	teilweise gemeinsame Verwaltung	beide verwalten
Gesamt					
Altersgruppen in Jahren					
16-34	21	8	8	13	51
35-54	10	11	14	9	56
55 und älter	9	11	14	6	60
Erwerbsstatus					
nicht erwerbstätig	8	12	16	6	59
Teilzeit	13	11	7	11	59
Vollzeit	18	9	11	11	51
Einkommensterzile					
Unteres	9	14	17	6	54
Mittleres	11	11	10	7	61
Oberes	17	10	11	13	50
Frauen					
Altersgruppen in Jahren					
16-34	17	7	8	15	53
35-54	10	13	11	10	57
55 und älter	9	15	12	4	60
Erwerbsstatus					
nicht erwerbstätig	6	13	17	5	59
Teilzeit	13	12	5	11	59
Vollzeit	21	10	3	16	50
Einkommensterzile					
Unteres	8	16	15	6	55
Mittleres	9	12	10	9	60
Oberes	19	13	5	15	49

Datenbasis: SOEP Sondererhebungen 2003/2004, gepoolter Datensatz

Tabelle 2: Sozio-ökonomische Determinanten nicht-partnerschaftlicher Formen der Geldverwaltung in Paarhaushalten – Ergebnisse multinomialer Regressionsanalysen

Allokationsformen	Frau verwaltet	Mann verwaltet	Teilweise gemeinsame Verwaltung	Individuelle Verwaltung
Jahr (Referenz 2003)				–
Ostdeutschland (Referenz Westdeutschland)				–
Frau (Referenz Mann)	+	–		
Realschule (Referenz Hauptschule)	–		+	– –
Abitur (Referenz Hauptschule)	–			
Nicht verheiratet (Referenz verheiratet)			+++	+++
Lebensalter (in Jahren)				
Mittleres Einkommensterzil				
Oberes Einkommensterzil (Referenz Unterstes Einkommensterzil)			++	++
Erwerbstätig (Referenz nicht erwerbstätig)		– –		+
Konfessionslos (Referenz Konfessionsgebunden)				

+ höhere Wahrscheinlichkeit im Vergleich zur partnerschaftlichen Geldverwaltung
 – niedrigere Wahrscheinlichkeit im Vergleich zur partnerschaftlichen Geldverwaltung
 Datenbasis: SOEP Sondererhebungen 2003/2004, gepoolter Datensatz

tig. Insofern ist hier die Zuweisung eines Haushaltsgeldes an die Frau wahrscheinlich. Im Falle der Verwaltung durch die Frau könnten dagegen die oben genannten Aspekte des geringen Einkommens eine Rolle spielen. In diesen Haushalten ist die Frau auch eher erwerbstätig als bei der Alleinverwaltung durch den Mann. Im mittleren Drittel dominiert die gemeinsame Verwaltung. Im oberen Drittel der Einkommensverteilung wird von jedem Sechsten das Geld individuell verwaltet und lediglich in der Hälfte der Fälle von beiden gemeinsam. Hier spielen offensichtlich die o.g. Opportunitätskosten eine Rolle. Weiterhin sind in diesen Haushalten auch unverheiratete Paare vergleichsweise häufig anzutreffen.

Frauen „moderner“ eingestellt als Männer

Im nächsten Schritt wird der Zusammenhang von Geldverwaltungs-Arrangements im Haushalt und den Einstellungen zur Rolle Frau bzw. deren Erwerbstätigkeit untersucht. Die vorliegenden Ergebnisse bestätigen Befunde aus anderen Befragungen (z.B. Hofäcker/Lück 2004), dass das traditionelle Alleinverdiener-Modell nur noch vergleichsweise geringe Zustimmung findet. Nicht einmal mehr ein Fünftel der Frauen, aber immerhin noch 28% der Männer meinten, dass der Mann das Geld verdienen und die Frau zuhause bleiben und für die Familie sorgen soll. Die meisten Befragten waren der Auffassung, dass die Frau zum Haushaltseinkommen beitragen sollte (Doppelverdiener-Modell; Frauen 81%, Männer

72%). Unbestritten war weiterhin, dass eine Frau am besten durch den Beruf Unabhängigkeit erlangen kann. Mehr als die Hälfte der Befragten (häufig nicht Verheiratete) stimmte der Aussage zu, dass eine Familie bei Erwerbstätigkeit der Frau insgesamt glücklicher ist. Allerdings war auch gut jeder zehnte Befragte der Meinung, dass das Familienleben unter der vollen – und damit dem Mann zeitlich gleichgestellten – Berufstätigkeit der Frau leidet (häufig Verheiratete). Zustimmung insbesondere unter den Männern fand die Aussage, dass die Mutter zuhause bleiben sollte, solange ein Kind noch nicht in die Schule geht (69%, Frauen 53%). Während Männer sich gewöhnlich im Alltag mit der Kindererziehung weniger als die Frauen befassen, waren sie jedoch zu über 90% der Auffassung, dass Kinder einen in gleichem Maß wie die Mutter an der Erziehung beteiligten Vater haben sollten. Hier liegen Theorie und Praxis offenbar noch weit auseinander. Insgesamt waren Frauen „moderner“ eingestellt als Männer (ähnlich auch Blohm 2002) sowie nicht Verheiratete „moderner“ eingestellt als Verheiratete.

Einstellungen zur Rolle der Frau beeinflussen das Arrangement der Einkommensverwaltung

Um sicher zu stellen, dass es sich bei den bisher dargestellten Ergebnissen um eigenständige Effekte handelt, wurden mit Hilfe einer multinomialen Regression nicht nur die Einstellungen, sondern in einem zweiten Modell

auch soziodemographische Merkmale berücksichtigt. Letzteren wenden wir uns zunächst zu, um die oben genannten Zusammenhänge über Sozialstruktur und gewählten Geldverwaltungsformen zu überprüfen.

So wird der eigenständige Einfluss des Lebensalters und der vermutete Anstieg für ein gemeinsames Arrangement bei Älteren untersucht. Zudem wird kontrolliert, ob nichtverheiratete Paare andere Arrangements präferieren als Verheiratete. Hinsichtlich der Bildung wird unterschieden, ob Personen mit einem höheren Bildungsabschluss als der Hauptschule unterschiedliche Arrangements bevorzugen. Schließlich wird die Ausübung einer Erwerbstätigkeit sowie die ökonomische Lage des Haushaltes (operationalisiert durch Terzile des Haushalts-Äquivalenz-Einkommens⁴) kontrolliert. Kulturelle Besonderheiten bei der Entscheidung zur Geldverwaltung wurden einerseits durch die Religionszugehörigkeit berücksichtigt und andererseits durch die regionale Herkunft (ehemalige DDR oder alte Bundesländer). Weiterhin fand das Befragungsjahr Eingang in die Schätzung, um mögliche durch die Erhebungsinstrumente bedingte Unterschiede zu identifizieren (Tabelle 2).

Sozio-demographische Veränderungen in unserer Gesellschaft können einen Einfluss auf die Bedeutung der einzelnen Geldverwaltungsformen haben. Mehr als jede achte befragte Person in Paarhaushalten gab in der vorliegenden Untersuchung an, das Einkommen individuell getrennt zu verwalten. Hierunter befanden sich besonders häufig nicht Verheiratete, besser Gebildete, Erwerbstätige sowie Personen im obersten Einkommensterzil und Personen in Westdeutschland. In der multinomialen Regression bestätigen sich bei nicht Verheirateten, Erwerbstätigen und Personen im obersten Einkommensterzil die deutlich höheren Chancen, individuelle statt partnerschaftliche Geldverwaltung zu praktizieren. In gleicher Weise steigen die Chancen teilweise gemeinsamer Verwaltung des Haushaltseinkommens bei nicht Verheirateten und Personen im obersten Einkommensterzil.

„Traditionelle“ und „moderne“ Einstellungen zur Berufstätigkeit der Frau gingen in die Regression über zwei in einer Faktoranalyse auf Basis der oben dargestellten Aussagen ermittelte Faktoren ein. Für die Schätzung wurden Befragte mit einer gemeinsamen Verwaltung des Haushaltseinkommens als Referenzgruppe ausgewählt. Ausgewiesen sind die „Log Odds“, also die Chancen, einer der verschiedenen Kategorien der Verfügung über das Haushaltseinkommen im Vergleich zur Referenzgruppe anzugehören; ein Wert größer 1 zeigt höhere Chancen, ein Wert kleiner 1 geringere Chancen an. Im Modell 1 sind als erklärender Faktor ausschließlich „traditionelle“ und „moderne“ Einstellungen berücksichtigt, in Modell 2 sind zudem noch die zuvor genannten weiteren Merkmale (Kovariate). In Tabelle 3 wurden nur signifikante Ergebnisse

zu „modernen“ und „traditionellen“ Einstellungen ausgewiesen.

Über die Hälfte der Befragten in Paarhaushalten gab an, dass beide Partner das Haushaltseinkommen gemeinsam verwalten. Hierunter befinden sich – wie erwartet – insbesondere Verheiratete. Die Geldverwaltung durch den Mann war für nur etwa ein Zehntel der Befragten relevant, die – im Vergleich zu Personen, die eine gemeinsame Geldverwaltung praktizieren – mit hoher Wahrscheinlichkeit „traditionellen“ Vorstellungen zur Rolle der Frau zustimmen. In diesem Arrangement – so das Ergebnis der multinomialen Schätzung – waren häufig nichterwerbstätige Frauen anzutreffen. Ebenfalls etwa ein Zehntel der Befragten praktizierten eine Geldverwaltung durch die Frau im Haushalt. Dieser Personenkreis wies eine – im Vergleich zur gemeinsam verwaltenden Referenzgruppe – höhere Wahrscheinlichkeit zu „modernen“ Einstellungen auf. Hier waren mit einer signifikant höheren Wahrscheinlichkeit als im gemeinsamen Arrangement Personen mit einem geringen Bildungsniveau anzutreffen.

Die Schätzung weist einen statistisch signifikanten Einfluss der Einstellungen zur Berufstätigkeit von Frauen auf das gewählte Arrangement der Geldverwaltung im Haushalt aus. In Haushalten, in denen der Mann (letztendlich) alleine verwaltet, waren im Vergleich zur Referenzgruppe auch „traditionelle“ Vorstellungen hoch wahrscheinlich (insbesondere von Frauen). Personen dagegen, die Verwaltungsformen im Haushalt praktizieren, in denen Frauen über mehr eigenständige Rechte verfügen (teilweise gemeinsame sowie individuelle Verwaltung), sprechen sich eher gegen „traditionelle“ Vorstellungen aus (sowohl

Frauen als auch Männer). „Moderne“ Einstellungen wurden hingegen häufig in Haushalten vertreten, in denen Frauen alleine das Haushaltseinkommen verwalten. Trotz Kontrolle der sozio-demographischen Merkmale blieben sowohl bei der von der Frau als auch bei der vom Mann dominierten Verwaltung die Einstellungen signifikant und hatten damit eine über die berücksichtigten Einflüsse hinausgehende eigenständige Erklärungskraft. Wie weitere Schätzungen für beide Geschlechter getrennt zeigten, lieferten die Einstellungen zur Rolle der Frau bzw. ihrer Berufstätigkeit bei den Frauen einen höheren Erklärungsbeitrag für das gewählte Arrangement der Geldverwaltung als bei den Männern.

Insgesamt sind die auf die Verwaltung des Haushaltseinkommens und dessen Verwendung bezogenen Abläufe im Haushalt sehr komplex und mit quantitativen Erhebungen nur schwer abzubilden. Dennoch konnten aus der Untersuchung einige wichtige Hinweise gefunden werden, welche Faktoren für die gewählte Geldverwaltungsform von Bedeutung sind. Die eingangs dargelegten zu erwartenden Zusammenhänge wurden dabei – so weit eine Überprüfung möglich war – zum großen Teil bestätigt. Ob und inwieweit im Zuge der demografischen Veränderungen und der weiter steigenden Erwerbsbeteiligung von Frauen individualisierte Zugriffsrechte in Paarhaushalten an Bedeutung zunehmen, werden zukünftige Untersuchungen z.B. mit den Daten der kommenden SOEP Haupterhebungen zeigen.

1 Zu einer Auswahl derartiger Maßnahmen im Bereich der Preispolitik, der Bereitstellung von Dienstleistungen und Investitionen in die Infrastruktur, vgl. Worldbank (2001: 149).

- 2 Da es sich dabei um zwei unabhängige Personenbefragungen im Querschnitt handelt, können Informationen zum Haushaltskontext (und damit auch zum Partner/zur Partnerin) erst mit der Bereitstellung der SOEP-Daten aus der Haupterhebung 2004 genutzt werden. Für den Fragebogen vgl.: http://www.diw.de/deutsch/sop/service/fragen/fr2004/pretest_2004.pdf sowie http://www.diw.de/deutsch/sop/service/fragen/fr2005/pretest_experiment.pdf
- 3 Mit der Beantwortung dieser Frage nach der Verwaltung des Geldes im Haushalt ist noch nicht die Frage nach der tatsächlichen Kontrolle über das Geld geklärt. Dies kann, muss aber nicht miteinander einhergehen. Mit dem vorliegenden Datenmaterial ist diese Frage nicht abschließend zu untersuchen.
- 4 Das Haushalts-Äquivalenz-Einkommen wurde über den Kehrwert der Quadratwurzel der Haushaltsgröße ermittelt. Vgl. hierzu Expert Group on Household Income Statistics (2001).

Blohm, Michael, 2002: Einstellungen zur Rolle der Frau. S. 533-541 in: Statistisches Bundesamt (Hg.), Datenreport 2002. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Band 376. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Expert Group on Household Income Statistics, 2001: The Canberra Group. Final Report and Recommendations. Ottawa.

Giele, Janet Z., Holst, Elke (Hg.), 2004: Changing Life Patterns in Western Industrial Societies. Amsterdam: Elsevier.

Hofäcker, Dirk, Lück, Detlev, 2004: Zustimmung zu traditionellem Alleinverdienermodell auf dem Rückzug. Einstellungen von Frauen zur geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung im internationalen Vergleich. Informationsdienst Soziale Indikatoren (ISI) 32: 12-15.

Laurie, Heather, Gershuny, Jonathan, 2000: Couples, work and money. S. 45-72 in: Berthoud, Richard, Gershuny, Jonathan (Hg.), Seven Years in the Lives of British Families. Bristol: The Policy Press.

Pahl, Jan, 1989: Money and Marriage. London: Macmillan Education Ltd.

Pahl, Jan, 1995: His money, her money: recent research on financial organisation in marriage. Journal of Economic Psychology 16(3): 361-376.

Vogler, Carolyn, Pahl, Jan, 1994: Money, power and inequality within marriage. The Sociological Review 42 (2): 263-288.

Worldbank, 2001: Engendering Development. Through Gender Equality in Rights, Resources, and Voice. New York: Oxford University Press.

■ **Elke Holst, Jürgen Schupp,**
DIW Berlin, SOEP

Tel.: 030/89789-281 und -238
eholst@diw.de
jschupp@diw.de

Tabelle 3: Verwaltung des Geldes im Haushalt – Multinomiale Regression

Geldverwaltungs-Arrangements Referenzgruppe:	Modell 1 (Nur Einstellungen)			Modell 2 (Einstellungen und Kovariate)	
	Alle	Frauen	Männer	Alle	Frauen
Frau verwaltet (letztendlich)					
– moderne Einstellung	1.33**	1.48**		1.28*	1.46*
– traditionelle Einstellung					
Mann verwaltet (letztendlich)					
– moderne Einstellung					
– traditionelle Einstellung	1.48***	1.82***		1.35**	1.54**
Legen Teil des Geldes zusammen					
– moderne Einstellung					
– traditionelle Einstellung	0.71***	0.73**	0.68**	0.78*	
Individuelle Verwaltung					
– moderne Einstellung	1.24**				
– traditionelle Einstellung	0.74***	0.72**	0.74*		
Prüfstatistik					
Mc Fadden	0,0192	0,0268	0,0135	0,1107	0,1401

***p < 0.01, **p < 0.05, *p < 0.10

Kovariaten: Marital Status, Education, Erwerbsstatus, Religionszugehörigkeit, Region (East/West), HH-Äquivalenzeinkommen, Jahr der Befragung).

Datenbasis: SOEP Sondererhebungen 2003/2004, gepoolter Datensatz

Herausgeber

Zentrum für Umfragen, Methoden und
Analysen (ZUMA) e.V.
Abteilung Soziale Indikatoren

Postfach 12 21 55
D-68072 Mannheim
Telefon 06 21/12 46-0
<http://www.gesis.org/sozialindikatoren>

Verantwortlich für den Inhalt

Dr. Heinz-Herbert Noll

Redaktion

Angelika Scheuer

Satz und Druck

Verlag Pfälzische Post GmbH
Winzinger Straße 30
67433 Neustadt/Weinstraße

Gestaltung

Kognito, Berlin

Zuma ist Mitglied der Gesellschaft
Sozialwissenschaftlicher Infrastrukturan-
einrichtungen (Gesis) e.V.
Bei Quellenangabe frei zum Nachdruck;
Beleg erbeten
ISSN 0935-218X

Call for Papers

Steigende Armut, Polarisierung, Re-Stratifizierung: Eine Trendwende der Ungleichheits- entwicklung in Deutschland?

Jahrestagung der Sektion Soziale Indikatoren in der DGS
in Zusammenarbeit mit dem WZB

2. - 3. Juni 2005, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung

Fragen der Verteilung von Einkommen und Vermögen, aber auch von Bildungs- und Erwerbschancen stehen erneut auf der politischen Agenda und sind wieder in den Mittelpunkt des gesellschaftspolitischen Interesses gerückt. Die Anzeichen mehrten sich, dass relative Armut und die Konzentration von Einkommen und Vermögen zunehmen, es werden Tendenzen einer Polarisierung und sozialen Spaltung gesehen, und es ist von der Re-Stratifizierung der Gesellschaft – der Wiederkehr von sozialen Klassen und Schichten – die Rede. Gibt es – nach einer Phase der Stabilität, wenn nicht sogar zunehmenden Egalisierung und Pluralisierung – eine Trendwende der Ungleichheitsentwicklung in Deutschland? Oder sind die vorliegenden Hinweise trügerisch und derartige Schlussfolgerungen verfrüht? Eine Antwort darauf steht bisher aus und kann nur auf der Grundlage kontinuierlicher empirischer Beobachtungen und systematischer Analysen gegeben werden.

Auf der Jahrestagung der Sektion Soziale Indikatoren, die in Kooperation mit der „Abteilung Ungleichheit und soziale Integration“ des WZB organisiert wird, sollen Thesen, Befunde und Diagnosen zur aktuellen und längerfristigen Entwicklung der sozialen und ökonomischen Ungleichheit in Deutschland vorgestellt und diskutiert werden. Von besonderem Interesse sind in diesem Zusammenhang neben Untersuchungen der Entwicklung verschiedener Dimensionen der Ungleichheit u.a. auch Analysen, die Implikationen und Effekte der Arbeitsmarktverhältnisse und der Reformen wohlfahrtsstaatlicher Institutionen, aber auch der Zuwanderung und des Vereinigungsprozesses für die ökonomische und soziale Ungleichheit zum Gegenstand haben.

Die Sektion Soziale Indikatoren lädt ihre Mitglieder und alle anderen Interessenten/innen zu dieser Veranstaltung ein.

Vortragsangebote erbitten wir in Form eines maximal 1-seitigen Abstracts spätestens bis zum 4. April 2005 an:
Dr. Heinz-Herbert Noll, ZUMA (noll@zuma-mannheim.de), Dr. Roland Habich WZB (rhabich@wz-berlin.de) und
Dr. Jürgen Schupp, DIW (jschupp@diw.de).

Anmeldungen zur Teilnahme richten Sie bitte bis zum 9. Mai 2005 an sozialindikatoren@zuma-mannheim.de und/oder
obermaier@wz-berlin.de